Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 70 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 234. Dienstag, den 7. Oktober 1919. 26. Jahrg.

Das Tumultschadengesetz.

Von Otto Landsberg.

Das Deutsche Reich ermangelte bisher eines Gesetzes über die Haftung für sogenannte Tumultschäden, d. h. Schäden, die jemand im Zusammenhang mit inneren Unruhen an Leib, Leben oder Eigentum erlitten hat; vielmehr war diese Materie der einzelstaatlichen Gesetzgebung überlassen. Preußen hatte sich im Jahre 1850 ein Gesetz gegeben, das die Spuren seiner Entstehungszeit, der Zeit der Reaktion, trägt. Es legte nämlich die Haftung für Tumultschäden den Gemeinden auf, selbstverständlich aus Abneigung gegen die Städte, in denen Unruhen sich naturgemäß eher ereignen als auf dem platten Lande. Die Belastung der Gemeinden war um so mehr eine Unbilligkeit, da der preußische Staat ihnen die Ausübung der Sicherheitspolizei vorenthielt, so daß ihnen Mittel zur Abwendung der Schäden, für die sie verantwortlich gemacht wurden, gar nicht zu Gebote standen. Dieses preußische Gesetz gilt nun in den alten Provinzen Preußens. In den 1866 erworbenen Gebietsteilen fehlte es an einer gesetzlichen Regelung der Tumultschadenfrage. Dieselben Verschiedenheiten wie zwischen den einzelnen Teilen Preußens bestehen zwischen den verschiedenen deutschen Ländern. Während z. B. Baden den preußischen Gedanken der Haftung der Gemeinden aufgegriffen hat, hat Sachsen diese Haftung ausgeschlossen.

Ein solcher Zustand der Rechtsungleichheit konnte nur so lange bestehen, als innere Unruhen in Deutschland zu den größten Seltenheiten gehörten. Die Erschütterung unseres Staatskörpers, die die Folge der Sünden und Verbrechen des alten Regimes war, machte eine reichsrechtliche Regelung der Tumultschadenfrage und die Entlastung der altpreußischen Städte von ihren bisherigen Verpflichtungen dringend nötig. Städte wie Marienburg und Glogau wären sonst vollständig zugrunde gerichtet worden.

Das Reichsministerium des Innern hat der Nationalversammlung einen Entwurf vorgelegt, der folgende Regelung der Materie vorsieht:

> Für Tumultschäden, die seit dem 1. November 1918 entstanden sind, haftet nur das Reich. Die Haftung der Gemeinden fällt also fort. Das Reich hat aber nur solche Schäden zu ersetzen, die das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährden. Von den Summen, die das Reich auf Grund dieser seiner Verpflichtung an Schadenersatz zu zahlen hat, ist ihm von dem Einzelstaat und der Gemeinde, in deren Gebiet der Schaden entstanden ist, je ein Drittel zu ersetzen.

Der Gesetzentwurf ist in der Nationalversammlung stark angegriffen worden. Der Redner der demokratischen Fraktion fand es höchst unbillig, daß das Reich nicht ohne weiteres alle Tumultschäden übernehmen wolle, und sah die Rechtsgleichheit in der deutschen Republik in Gefahr. Es ist merkwürdig, daß gerade diejenigen, die durch die Angst vor der Vergesellschaftung der Produktionsmittel bestimmt werden, dem Reiche neue Einkunftsquellen zu verschließen, kein Bedenken tragen, es mit allerlei Risiken zu belasten. Augenscheinlich war dem Redner überdies unbekannt, daß der Gesetzentwurf von seinem Parteigenossen Dr. Preuß herrührt und daß seine Fraktionskollegen Schiffer und Dernburg, solange sie Reichsfinanzminister waren, die Uebernahme einer weitergehenden Haftung des Reiches als unmöglich und unerträglich bezeichnet haben. Aber auch die Redner der an der Regierung beteiligten Parteien hatten an dem Gesetzentwurf manches auszusetzen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Reichsministerien sich durch ihre Unterstaatssekretäre vor der Einbringung eines jeden Gesetzentwurfes mit den Mehrheitsparteien ins Einvernehmen setzen. Der Widerstand dieser Parteien gegen die gesetzgeberischen Arbeiten der auf Grund ihres Vertrauens auf Ministerposten gelangten Männer wirkt nicht gerade erhebend.

Der Entwurf des Reichsministeriums des Innern trifft m. E. im wesentlichen das Richtige. Eine Verpflichtung des Reiches, jeden Tumultschaden zu ersetzen, kann ebensowenig anerkannt werden, wie etwa der Anspruch jedes Deutschen auf Ersatz von Verlusten, die ihm durch Einbruchsdiebstahl oder durch Brandstiftung entstanden sind. Das Reich ist nicht verpflichtet, jedem Bürger einen Schutzmann und eine Kompagnie Soldaten beizugeben, damit Schäden aller Art von ihm ferngehalten werden. Es wäre im höchsten Maße unbillig, einem Millionär, der durch innere Unruhen einige hundert Mark eingebüßt hat, Ersatz dafür aus Mitteln der Allgemeinheit, d. h. in der Hauptsache aus den Taschen der Proletarier, zu gewähren. Und wenn behauptet worden ist, die Beschränkung der Haftung des Reiches auf Fälle, in denen das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet sei, bedeute eine Aufforderung, reiche Leute auszuplündern, so kann mit ebensoviel oder wenig Recht gesagt werden, die Haftung des Reiches für alle Tumultschäden bedeute die Ermutigung der Nutznießer des gestürzten Regimes, gegenrevolutionäre Machenschaften zu betreiben, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch innere Unruhen hervorgerufen werden können! Kann von einer Rechtspflicht des Reiches, Tumultschäden zu ersetzen, nicht die Rede sein, so kann nur der Gesichtspunkt der Billigkeit zur Vergütung solcher Schäden führen; dieser aber schließt den unterschiedslosen Schadenersatz aus.

Es ist weiter gerügt worden, daß die Gemeinden dem Reiche ein Drittel der Haftsumme zu ersetzen hätten. Der Entwurf will sie aber zu dieser Leistung nicht etwa deshalb verpflichten, weil er ihnen eine Verantwortlichkeit für innere Unruhen zuschieben will. Entspricht es der Billigkeit, den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch eines Bürgers infolge innerer Unruhen zu verhindern, so ist es auch angemessen, daß alle öffentlich-rechtlichen Gemeinschaften, denen der Betroffene angehört, sich in den Schaden teilen, vor dem es den einzelnen zu bewahren gilt. Im übrigen dürfte die Beschränkung der Haftung auf katastrophale Verluste dazu führen, daß keine Gemeinde von der ihr durch den Entwurf auferlegten Pflicht erdrückt werden wird.

Endlich hat man es getadelt, daß der Entwurf die unter der Herrschaft der älteren einzelstaatlichen Gesetze entstandenen Ansprüche gegen die Gemeinden beseitige. Indessen war die ausschließliche Haftung der Gemeinden für alle Tumultschäden etwas so Willkürliches, daß ihre Beseitigung nur begrüßt und keineswegs als Unrecht empfunden werden kann. Ein Anspruch, der von der Ungerechtigkeit erzeugt ist, verdient nicht deshalb bestehen zu bleiben, weil er einmal geboren ist.

Trotz der unfreundlichen Kritik, auf die der Entwurf des Tumultschadengesetzes gestoßen ist, glaube ich nicht, daß er große Aenderungen erfahren wird. Eine eingehendere Aussprache in dem Ausschuß, an den die Nationalversammlung den Gesetzentwurf verwiesen hat, wird die Opponenten vermutlich davon überzeugen, daß er den Anforderungen, die man billigerweise an ihn stellen kann, entspricht. Im übrigen spreche ich die Hoffnung aus, daß uns innere Unruhen fortan erspart bleiben und daß aus diesem Grunde das Tumultschadengesetz in Zukunft in unserem Rechtsleben keine Bedeutung haben möge!

Die deutsche Abrüstung.

Die „Freiheit" bewährt sich wieder einmal als ententistisches Scharfmacherblatt. Sie veröffentlicht einen Brief des Generals Lüttwitz an den Reichswehrminister. Aus diesem Schreiben soll hervorgehen, daß die durch den Friedensvertrag festgelegte deutsche Abrüstung durch monarchistische Offiziere hintertrieben werde.

Auch die „Freiheit" könnte wissen, daß die vertraglich festgelegte Abrüstung und im besonderen die Verminderung der Reichswehr seit langem im vollen Gange sind, durch niemanden gehindert werden und auch durch niemanden gehindert werden können.

Der von der „Freiheit" wiedergegebene Brief des Generals Lüttwitz datiert vom 25. Juli; die „Freiheit" sollte ihre Spitzel besser bezahlen, damit sie ihr nicht derartiges veraltetes Material zutragen.

Die Ratifikation durch Italien vollzogen.

Der römische Berichterstatter des „Petit Journal" meldet, daß der König von Italien den Friedensvertrag von Versailles auf Grund der im letzten Ministerrat gefaßten Beschlüsse durch Dekret ratifiziert hat.

Ablehnung der Zusatzanträge in Washington.

Der amerikanische Senat hat die vorgeschlagenen 28 Zusatzanträge zum Friedensvertrag abgelehnt. Die Pariser Presse glaubt darin ein Anzeichen erblicken zu können, daß der Friedensvertrag ohne Zusätze von den Vereinigten Staaten ratifiziert werden wird.

Die gemeinsame Ententefront in den Ostseeländern.

Wie der „Dziennik Berlinski" aus Warschau meldet, hat die Entente Polen den Vorschlag gemacht, eine gemeinsame Front in den Ostseeländern zu bilden. Die polnische Regierung hat geantwortet, daß sie ihre Zustimmung von der Räumung dieser Länder durch die deutschen Truppen abhängig mache.

Italien sucht Hilfe gegen die Serben.

Die „Neue Züricher Zeitung" meldet aus Agram, daß **zwischen Italien und Rumänien ein Militärabkommen getroffen** sein soll, wonach die Rumänen verpflichtet sind, im Kriegsfalle gegen die Jugoslawen gleichzeitig eine Operation vorzunehmen.

Inzwischen räumen die Rumänen Ungarn. Nach Meldungen Wiener Blätter hat die letzte rumänische Abteilung Raul verlassen, worauf die ungarischen Truppen einrückten. Auch die rein ungarischen Städte Papa, Vedvim und Stuhlweißenburg seien frei. Budapest verließen die ungarischen Truppen gleichfalls größtenteils, um die Linien zu besetzen, die bei den Bukarester Verhandlungen festgelegt wurden.

Frankreich hält die Schwerverwundeten zurück!

Der Berner Mitarbeiter des „Vorwärts" meldet, daß die Absendung der schwerverwundeten deutschen Gefangenen aus Frankreich, die am 6. Oktober beginnen sollte, von der französischen Regierung auf 15 Tage hinausgeschoben worden ist.

Da diese Ankündigung ohne Angabe von Gründen erfolgt, muß angenommen werden, daß man es hier mit einer Druckmaßnahme zur Unterstützung der französischen Forderung in der baltischen Angelegenheit zu tun hat. Das aber würde niederträchtig genug sein, um die schönen Redensarten von menschlicher Gesinnung, die man bei jeder Gelegenheit aus den Verlautbarungen der französischen Regierung vernehmen kann, als solche zu kennzeichnen.

Gefangenenmißhandlung bei den Amerikanern.

Die Schweiz um Vermittelung angerufen.

Nach dem „WTB." richtete die deutsche Regierung Ende September eine Verbalnote an die schweizerische Regierung betreffend die Verhältnisse der deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Gefangenschaft. Es scheint hier eine Aenderung eingetreten zu sein. Es kommen häufige Klagen über grausame, ja menschenunwürdige Behandlung. In der Note wird eine Vermittlung der Schweizer Regierung dafür erbeten, daß eine Reihe von Vorfällen zur Kenntnis der amerikanischen Regierung gebracht und schärfster Einspruch erhoben wird. Gleichzeitig wird um die Entsendung von Vertretern in die Gefangenenlager gebeten, die Ermittlungen anstellen und den Mißständen abhelfen sollen.

Kommen wir zu einem Abbau der Preise?

Der Verband Sächsischer Industrieller hat den Geh. Regierungsrat Dr. Julius Wolf, ord. Professor an der Technischen Hochschule in Berlin um Erstattung eines Gutachtens über die Frage ersucht, ob wir zu einem Abbau der Preise kommen. Das Gutachten kommt zu dem Schluß, daß die Kosten des Lebensunterhaltes in Deutschland, wenn nicht alles trüge, in den ersten Friedensjahren nur um ein sehr geringes niedriger sein werden, als in der letzten Zeit des Krieges. Von den für die Führung des Haushaltes entscheidenden Posten dürften Brotgetreide, insoweit es aus dem Auslande und im Schleichhandel bezogen wird, ebenso Kolonialwaren jeder Art und Kleiderstoffe eine wesentliche Ermäßigung des Preises erfahren; doch habe **angesichts des schlechten Standes der deutschen Valuta der deutsche Arbeiter immer noch das Dreifache und mehr dafür zu zahlen, als der Arbeiter des konkurrierenden Auslandes zu zahlen hat.** Wer da glaube, daß durch die von der Regierung vorgenommene Verbilligung der Lebenshaltung für drei Monate ganz von selbst ein allgemeiner Abbau der Preise stattfinden werde, befinde sich in einem großen Irrtum. Es gebe tatsächlich keinen anderen Weg zum Abbau der Preise als die Erhöhung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft.

Die vorläufige Verfassung Elsaß-Lothringens.

Die französische Deputiertenkammer hat Sonntag eine Regierungsvorlage, betreffend die vorläufige Verfassung Elsaß-Lothringens, angenommen. Danach behalten die beiden Provinzen bis zur gesetzlichen Regelung ihre alte Verfassung bei. Clemenceau bleibt im Besitz der Regierungsgewalt, die er auch fernerhin durch den Generalgouverneur Millerand ausüben läßt.

Die Kalilager in Lothringen.

In der französischen Kammer beantragte der sozialistische Abgeordnete Lafont die sofortige Anwendung des neuen französischen Gesetzes über die Veräußerung des sequestrierten deutschen Besitzes in Elsaß-Lothringen zum Zwecke der sofortigen Uebernahme der gesamten Kalilager und ihre Ausbeutung durch den französischen Staat. Millerand bekämpfte diesen Antrag, weil das zu einer wirtschaftlichen Desorganisation des ganzen Landes führen müsse. Die Kammer lehnte ihn ab.

Die Frauen in deutschen Parlamenten.

In den Volksvertretungen des Deutschen Reiches befinden sich insgesamt 115 Frauen, die sich wie folgt verteilen:
In der Nationalversammlung unter 421 Abgeordneten 38 Frauen,
in der preußischen Landesversammlung unter 402 Abg. 21 Frauen,
im bayerischen Landtag unter 180 Abgeordneten 7 Frauen,
in der sächsischen Landesversammlung unter 96 Abg. 3 Frauen,
in der württ. Landesversammlung unter 150 Abg. 13 Frauen,
in der badischen Landesversammlung unter 107 Abg. 9 Frauen,
in der hessischen Volkskammer unter 70 Abgeordneten 5 Frauen,
in der Meckleub.-Schweriner Landesvers. unter 64 Abg. 1 Frau,
in der Mecklenb.-Strelitzer Landesvers. unter 42 Abg. 1 Frau,
in der Sachs.-Weimar-Eisenach. Landesvers. unter 10 Abg. 1 Frau,
in der Braunschweigischen Landesvers. unter 60 Abg. 1 Frau,
in der Sachsen-Altenb. Landesvers unter 40 Abg. 3 Frauen,
in der Gothaer Landesvers. unter 19 Abg. 2 Frauen,
im Volksrat Reuß Aeltere Linie unter 15 Abg. 1 Frau,
im Volksrat Reuß Jüngere Linie unter 21 Abg. 2 Frauen,
in der Landesvers. Schaumburg-Lippe unter 15 Abg. 1 Frau,
im Landtag Lippe-Detmold unter 21 Abg. 1 Frau,
in der Hamburger Bürgerschaft unter 134 Abg. 17 Frauen,
in der Bremer Bürgerschaft unter 200 Abg. 16 Frauen,
in der Lübecker Bürgerschaft unter 80 Abg. 7 Frauen.

Von den weiblichen Abgeordneten in den deutschen Parlamenten gehören an: der Sozialdemokratischen Partei 64, den „Unabhängigen" 18, der Kommunistischen Partei 2, der Deutschdemokratischen Partei 37, der Deutschnationalen Volkspartei 9, der Deutschen Volkspartei 5, der Christlichen Volkspartei 19, der Bayerischen Volkspartei 3, den Landeswahlverbänden 3.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Wahrheit wider Willen.

Die „unabhängige" „Volkszeitung" in Hamburg druckt zustimmend eine Rede des französischen Linkssozialisten Jean Longuet ab, die darauf hinausläuft, daß die Entente die deutsche Arbeiterrepublik zerstückeln und vernichten will, weil sie ihr Beispiel für die Arbeiter der Ententeländer fürchtet. Das unabhängige Organ für Hamburg setzt hinzu:

„Nur die deutschen Unabhängigen begreifen aus purer Wut gegen die verhaßten Rechtssozialisten nicht, was die Entente anstrebt und leisten durch ihr Verhalten den Ententekapitalisten nichts als Helfersdienste."

Wer zum Teufel mag in ein „unabhängiges" Blatt eine so offenkundige Wahrheit hineingebracht haben? Das ist prinzipienwidrig. Den Kerl sollte man zur Partei hinauswerfen.

Gegen den Lederwucher!

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat folgende Interpellation eingebracht:

Die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft hat zu einer unerhörten Preissteigerung, insbesondere der Häute, des Leders und der Schuhwaren geführt.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Preissteigerung zu tun?

Die Umsatzsteuer.

Nach der „B. Z." ist über die Umsatzsteuer ein Kompromiß zwischen den drei Regierungsparteien zustande gekommen. **Der Satz der Umsatzsteuer ist mit 1½ Prozent für jeden Umsatz bis zur letzten Hand festgelegt.** Gleichzeitig wird auch die Liste der Gegenstände, die unter die Luxussteuer fallen, noch erweitert werden. Die genaue Feststellung der Luxussteuersätze ist jedoch besonderen Vereinbarungen im einzelnen vorbehalten worden.

Ein Präsidentschaftskandidat.

Als erster Präsidentschaftskandidat für die deutsche Republik tritt der Bodenreformer Adolf Damaschke auf den Plan. In seinem Organ teilt er mit, daß er von Hamburg aus als Kandidat aufgestellt worden sei und diesem Rufe zu folgen gedenke.

Daß gerade Adolf Damaschke, der Wandlungsreiche, der geeignete Mann für den Präsidentschaftsposten sein sollte, möchten wir füglich bezweifeln. Denn als Politiker hat Damaschke, der aus dem Volksschullehrerstand hervorgegangen ist und später Redakteur eines Generalanzeigers in Kiel war, nach innen eine recht wenig glückliche Rolle gespielt. Als einst Naumann die nationalsoziale Partei begründete, gehörte auch Damaschke zu dessen Getreuen. Nach dem Zusammenbruch der Nationalsozialen wendete sich Damaschke, der in seinen jüngeren Jahren auch lebhaft für die Naturheilkunde eintrat, bodenreformerischen Bestrebungen zu und hat es verstanden, sie volkstümlicher zu machen, was ihm zwar Reichtum und mancherlei Ehren einbrachte, aber noch lange keine Anwartschaft gibt, nach dem höchsten Amt zu greifen, das die deutsche Republik zu vergeben hat.

Erzberger und Helfferich.

Bekanntlich haben diese beiden Männer sich gegenseitig der schwersten Verbrechen gegen das Gemeinwohl beschuldigt. Erzberger hatte Helfferich wegen dessen Haltung zum Ubootkrieg angegriffen. Helfferich erwiderte dagegen, Erzberger sei mitschuldig an der Verlängerung des Krieges, weil er in den ersten Kriegsjahren die ausschweifendste Annexionspolitik unterstützt und durch seine Amateur-Diplomatie während des Krieges mehrfach Friedensmöglichkeiten zerschlagen habe. Nun hat Erzberger vor mehreren Wochen erklärt, daß er gegen Helfferich Klage erhoben habe, um eine gerichtliche Klarstellung des Streites zu ermöglichen. Helfferich behauptete aber, ihm sei von seiner Klage nichts bekannt. Der „Vorwärts" sagt nun: Wenn gegen einen Minister derartige Vorwürfe erhoben werden, wie das Helfferich gegen Erzberger getan hat, so muß Hartbörigkeit und Schweigsamkeit von den Durchschnittsmenschen als Schuldbekenntnis aufgefaßt werden. Das Ansehen des gesamten Reichsministeriums gebiete schnellste Klarstellung.

Helfferich, der die Klage Erzbergers nicht erwarten kann, wird jetzt Gelegenheit erhalten, dazu Stellung zu nehmen. Wie die „P. P. N." erfahren, ist die Klage des Reichsfinanzministers gegen den einstigen Staatssekretär bereits am 29. September der Staatsanwaltschaft zugestellt worden. Nun wird wohl Helfferich endlich Ruhe geben.

Eine Notstandsmaßnahme im Industriegebiet.

Der Befehlshaber des Wehrkreises Nr. 6, Generalleutnant Freiherr von Watter, hat für die unter dem Belagerungszustand stehenden Gebiete mit sofortigem Inkrafttreten folgende Verordnung erlassen: 1. Alle männlichen Einwohner im Alter von 17. bis zum 50. Lebensjahre sind verpflichtet, im Bedarfsfalle auf Anweisung der Gemeindebehörden Notstandsarbeiten in allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Betrieben zu leisten. 2. Wenn einer auf Grund des Punktes 1 dieser Verordnung an ihn ergangenen Aufforderung nicht Folge leistet, wird mit Geldstrafen bis zu 1500 Mk. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

„Euer Deutschgeboren!"

Die neueste politische Gründung ist der „Vaterländische Jugendbund Fürst Bismarck". Es ist ihm, wie er mitteilt, gelungen, in kurzer Zeit die Mittel zu einer Bundesfahne aufzubringen, deren feierliche Weihe in Schöneberg stattfinden soll. Mit der neuen Bundesfahne vereinigt er eine vortreffliche Gesinnung, denn nach dem Einladungsschreiben zur Fahnenweihe, das salbungsvoll an „Euer Deutschgeboren" gerichtet ist, will der Bund „die Jugend erziehen, im Herzen mit unauslöschlicher Liebe zu Kaiser und Reich, aufblickend zur ruhmbedeckten Fahne Schwarz-Weiß-Rot, nichtachtend alles seit dem schmach- und verhängnisvollen 9. November 1918."

Wenn der neue deutschvölkische Vaterländische Jugendbund „Fürst Bismarck" seine Mitglieder auch zu einem besseren Deutsch erziehen will, so ist seine Gründung damit allein schon hinreichend gerechtfertigt.

Kleine politische Nachrichten.

Die Engländer nisten sich in Danzig ein. Wie den „B. P. N." aus Danzig gedrahtet wird, wird die Londoner Aktiengesellschaft „British Trade Corporation" im Hotel „Danziger Hof" zu Danzig eine Bankniederlassung eröffnen.

Die von einer Korrespondenz verbreitete, der „Petersburger Telegraphenagentur" entnommene Nachricht vom Uebertritt des Generals von der Goltz zu den Russen ist, wie die „P. P. N." erfahren, glatt erfunden. Wie sich das „Hamb. Fr." aus Berlin drahten läßt, ist es bei der Räumung von Schoulen zu „unliebsamen Zwischenfällen" gekommen. Welcher Art sie wären, wird nicht angegeben.

Zur Hebung der Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten sind gegenwärtig Erwägungen über neue Methoden im Gange.

Die wachsende Kohlennot hat die Eisenbahnverwaltung veranlaßt, eine Versuchsanstalt im Berliner Ministerium einzurichten.

Die Staatsanwaltschaft in Danzig leitete ein Strafverfahren ein gegen den bisherigen Vorsitzenden der Ortsgruppe Danzig des Spartakusbundes, den Schlosser Deutschland, und den Spartakistenführer Eisenbahnarbeiter Bormann, beide von der Eisenbahnhauptwerkstätte Danzig-Troyl, wegen Unterschlagung von etwa 10000 Mark zum Nachteil der Wohlfahrtsgenossenschaft der Eisenbahnhauptwerkstätte Danzig-Troyl. Nach Einleitung dieses Verfahrens sind beide von der politischen Betätigung zurückgetreten.

Die streikenden deutschen Justizbeamten in der Provinz Posen haben beschlossen, die Beschäftigung wieder aufzunehmen. Der preußische Justizminister hat zwei Kommissare nach Posen entsandt, um über eine Verständigung zu beraten. Die polnische Justizbehörde hat sich bereit erklärt, die Pensionsvorschüsse auszuzahlen.

Infolge starken Kohlenmangels hat in der Rheinpfalz die Zuführung des elektrischen Stromes eingestellt werden müssen. Alle Betriebe stehen still.

England hat den Petroleumexport ohne Sonderbewilligung überall hin verboten.

Ungarn.

Eine Entente-Anleihe für Ungarn.

Die Entente hat Ungarn einen Kredit von 1½ Millionen Kronen bewilligt.

Einführung der Tabakkarte.

Die ungarische Regierung hat in Budapest die Tabakkarte eingeführt. Jedem ständigen Einwohner von Budapest, der das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, stehen monatlich 100 Zigaretten oder 30 Zigarren oder eine entsprechende Menge Pfeifentabak zu.

Dänemark.

Proteststreik.

Auf der Kriegswerft in Kopenhagen haben Sonnabend mittag sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der langsame Verlauf der Verhandlungen über die Teuerungszulage hat die Arbeiter veranlaßt, zum Streik zu greifen.

Italien.

Sozialistenkongreß.

Unter äußerst starker Beteiligung ist Sonntag in Bologna der Kongreß der italienischen Sozialisten zusammengetreten. Das Mitglied der Parteileitung, Barcci, erging sich in seiner Eröffnungsansprache in heftigen Angriffen gegen die Regierung, die sich nur durch reaktionäre Maßnahmen, wie Wiedereinführung der Zensur, halten könne. Er las dann unter stürmischen Kundgebungen für Lenin und Sowjetrußland ein Begrüßungsschreiben der russischen Sowjetrepublik vor. Parteisekretär Lazzari stellte ein weiteres Anwachsen der Partei und der straffen Disziplin in dieser fest, wodurch die Wahrscheinlichkeit des Gelingens von Massenaktionen zur Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht zugenommen habe. Namens der maximalistischen Gegner der Wahlbeteiligung sprach Bordia unter scharfen Angriffen gegen die sozialistische Kammerfraktion. Trevos antwortete in deren Namen und erklärte, daß ein Appell an die Gewalt, der heute von vielen Genossen verlangt werde, ein Kriegsüberbleibsel sei. Der Barrikadensozialismus der Minderheit würde die Partei nur ins Verderben führen.

Vereinigte Staaten.

Schwere Erkrankung Wilsons.

Wilson ist erkrankt. Offenbar befürchtet man das schlimmste. Denn wie Schweizer Blätter aus Washington melden, hat Lansing das Kabinett einberufen, um das Verfahren der Einsetzung einer Vollzugsgewalt für den Fall zu beraten, daß sich das Leiden Wilsons verschlimmern sollte.

Hafenarbeiterstreik.

Nach Meldungen aus Neuyork sind 10000 Hafenarbeiter in den Ausstand getreten. Auch in der Schiffbauindustrie droht ein Streik auszubrechen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 7. Oktober.

Nie verliere du den Zügel über deine Macht,
Laß nun Zorn dich nicht bemeistern, sei auf Mäßigung bedacht.
Ist das edle Roß des Willens einmal selbst nicht mehr dein eigen,
Hast du auch die Macht verloren, andere zu überzeugen.

Der Volksbildungszirkel

umfaßt nunmehr eine Teilnehmerzahl von 135, die sich auf 10 Zirkel verteilen. Der Stundenplan ist im Inseratenteil noch einmal veröffentlicht. Die Teilnehmer können selbst die Schule wählen, wo sie sich an dem Lehrgang beteiligen wollen, haben auch das Recht, sich in mehreren Lokalen zu betätigen. In den vier Arbeitswochen ist schon ein guter Fortschritt bei den regelmäßigen Besuchern zu verzeichnen. — Die Schwierigkeiten, die anfangs zu überwinden waren, sind nun behoben. Im besonderen werden die Genossinnen und Genossen ersucht, am Mittwoch abend zahlreich im Lokale des 1. Zirkels, der Marienschule, Langer Lohberg, zu erscheinen. Es dürfte sich dort die Wahl einer anderen Zirkelleitung nötig machen. — In Travemünde ist am Mittwoch abend die Fortsetzung der Redeübung diesesmal noch im Kolosseum. In allen Zirkeln kann auf vielseitigen Wunsch noch eine beschränkte Zahl von Teilnehmern zugelassen werden. Anmeldungen sind vor Beginn des Unterrichts beim Zirkelführer anzubringen.

„Dr. David schreibt in seinem Referentenführer: Die Sozialdemokratie ist keine Kirche, sondern eine mit den Waffen des Rechts, der Vernunft und der Wissenschaft kämpfende Gemeinschaft freier Männer. Da soll jeder einzelne das, was er liest oder hört, mit seinem eigenen Urteil durchdringen; er soll es selbständig geistig verarbeiten.

Aber glaube andererseits keiner, sein eigener Verstand reiche aus, die schwierigsten Fragen zu entscheiden auch ohne ernstes Sachstudium und ohne Kenntnisnahme fremder Meinungen. Es gibt Leute, die halten sich schon in jungen Jahren für gescheiter als alle anderen zusammen. Sie sind in ihren eigenen Verstand so verliebt, daß sie sich garnicht vorstellen können, daß andere tieferes Wissen und ein richtigeres Urteil in einer Sache haben können als sie selbst. Solche frühreife, sich im Glanz der eigenen Unfehlbarkeit sonnende Rechthaberei ist immer das Zeichen von oberflächlicher Geistesbeanlagung und von mangelndem Wissen.

Es ist klar, daß kein einzelner für sich allein imstande ist, die Verhältnisse des Lebens in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit völlig zu umspannen. Auch der geräumigste Hirnkasten ist zu klein, um alles zu fassen. Das menschheitliche Wissen ist das Ergebnis kollektiver Arbeit von unzähligen gescheiten Leuten, die zusammengenommen ein unvergleichlich reicheres Wissen und eine viel umfassendere Erfahrung haben, als der einzelne sie je haben kann. Und darum ist es notwendig, daß auch der geistig gut Veranlagte, will er die engen Grenzen seiner individuellen Erfahrung überwinden, sich mit dem Wissen anderer bereichere."

Nach diesen Ausführungen Davids wird im Volksbildungszirkel gearbeitet. Kollektivistische, das heißt, gemeinschaftliche Denkarbeit zu fördern und so zum selbständigen Handeln zu gelangen, das muß das Bestreben der Teilnehmer sein. Nach Abschluß des ersten Kursus wird nach dem Vorbild namentlich Hamburger und Berliner Einrichtungen für fortgeschrittene Teilnehmer und für besondere Wissenszweige die Arbeit systematisch weitergefördert werden. Gog.

Rettet die deutsche Heimat! Regierungsseitig ergeht folgender Aufruf: „Deutsche Männer und Frauen! Bewahrt Euch die deutsche Heimat! Ihr, die Ihr aus Ost- und Westpreußen, aus Oberschlesien und aus Schleswig-Holstein stammt. Bewahrt Eurer Heimat auch die Treue, wenn Ihr jetzt im fremden Land und in fremder Stadt weilt. In Eurer Hand liegt das Schicksal der Gebietsteile, in denen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages die Volksabstimmung vorgenommen werden sollen. Ihr sollt mit darüber entscheiden, ob Eure Heimat fernerhin zum Deutschen Reiche gehören soll. Keiner darf bei dieser Entscheidung fehlen. Jeder tue seine Pflicht! Jeder Abstimmungsberechtigte trage sich in die Fragebogen ein, die am 8. Oktober anläßlich der Volkszählung in jede Familie kommen. Es gilt die Abstimmung vorzubereiten. Von der Vorbereitung hängt der Erfolg ab. Jeder hole die Seinigen heran! Jede Stimme zählt, jede entscheidet!"

Der schrille Glockenruf unserer Elektrischen ist immer noch auf den Straßen verstummt. Mancher biedere Hanseat, der glaubte, ohne eine Luftfahrt sein Tagewerk nicht beginnen oder beenden zu können, muß jetzt Schusters Rappen, den ach so teuren, treten und sich zeitiger auf die Beine machen. Das bringt zwar gesunde Bewegung, für viele aber auch Unbequemlichkeiten mit sich. Insbesondere werden die Kriegsbeschädigten hart betroffen. Für die Arbeiter im Industrieviertel verkehren die notwendigsten Wagen, die auch, soweit Platz vorhanden ist, vom allgemeinen Publikum benutzt werden dürfen. Soweit dieses in unseren Vorstädten wohnt und zu notwendigen und eiligen Geschäftsgängen gezwungen ist, wird die stillgelegte Verkehrsader schmerzlich vermißt. Die Unterbindung des Straßenbahnverkehrs bedeutet noch einen empfindlichen Aderlaß an unseren Staatseinnahmen, den wir nicht allzu lange ertragen können. Es müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit die schwarzen Diamanten, die der Ueberlandzentrale in Aussicht gestellt sind, auch eintreffen. Die Industrie muß Kohlen haben, wenn weitere Schädigungen der gesamten Bevölkerung unterbunden werden sollen. Die Landbevölkerung des weiteren Umkreises schaut ebenfalls ängstlich nach der alten Hansestadt, die ihr Licht und Kraft senden muß. Alles ruft nach dem Erzeugnis fleißiger Bergmannsarbeit. Selbst die Toten klagen an, Einäscherungen im hiesigen Krematorium können wegen Kohlenmangels nicht mehr vorgenommen, ihr letzter Wunsch nicht mehr erfüllt werden.

Freie Jugend. Die Freie Jugendorganisation eröffnete am Sonntag ihr Jugendheim für die Abteilung Marli mit einer eindrucksvollen Feier in der Turnhalle der 2. St. Gertrudschule. Der Bann des alten verknöcherten St. Bureaukratius ist gebrochen und so ist es auch der Arbeiterjugend einmal möglich gemacht worden — was früher bei den bürgerlichen Vereinen als eine Selbstverständlichkeit galt, obgleich auch der Arbeiter seine Steuergroschen treu und brav dafür entrichten mußte — in einem städtischen Gebäude sein Domizil aufzuschlagen. Der Leiter der Abteilung, Genosse Ostermeier, hatte für gediegene Unterhaltung Sorge getragen und die Feier nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Es war eine Freude, wie unsere junge Schar es verstand, durch Rezitationen, Gesangsvorträge, Lieder zur Laute und Reigenaufführungen ihr Können zu zeigen. Der Leiter der Gesamtorganisation, Gen. Passarge, hielt eine markige Ansprache und wünschte der neuen Abteilung den besten Erfolg. Aufgabe der Eltern muß es nun sein, ihre schulentlassenen Kinder in die Freie Jugendorganisation zu schicken, wenn sie nicht wollen, daß sie den Gefahren des Tanzbodens und der Straße verfallen oder zu Maulhelden und Phraseologen herabsinken sollen. Die kommende Zeit erfordert ganze Männer und ganze Frauen, und die Jugend dazu zu erziehen, ist die Aufgabe der Freien Jugendorganisation.

Eine Vortragsveranstaltung für Ehrenbeamte fand auf Einladung des Wohlfahrtsamtes in der Gemeinnützigen Gesellschaft über die Fürsorge für kinderreiche Familien und die Fürsorgetätigkeit statt. Fräulein Leni Godt sprach über die Not der kinderreichen Familien und die Fürsorgemaßnahmen, die bereits jetzt in Lübeck getroffen sind und die ferner zu treffen sein werden. An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache, die für die fernere Arbeit manche wertvolle Winke gab. — Die Vortragsveranstaltungen werden durch das Wohlfahrtsamt fortgesetzt werden. Die nächsten Veranstaltungen sind für den 3. November und 1. Dezember in Aussicht genommen.

Schließt die Gashähne. In letzter Zeit häufen sich in den Städten die Unglücksfälle infolge Nichtabsperrens des Gashahnes nach Eintritt der Gassperrstunden. Es sei deshalb die dringende

Mahnung ausgesprochen, jetzt mehr noch als sonst auf die Gasleitungen zu achten und besonders zu Anfang der Sperrstunden die Gashähne und den Haupthahn zu schließen.

Die Sozialisierung des Kinos.

In der Wiener Wochenschrift „Der Friede" bespricht Fritz Pater die Frage der Verstaatlichung der Kinematographentheater. Er unterscheidet genau zwischen der Sozialisierung der Kinos, für die er eintritt, und der Verstaatlichung der Filmfabriken, die er ablehnt. Für die Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Kinos führt er Gründe an, die nicht oft genug betont werden können. Allein die Höhe der Einkünfte verbiete es, einem Staate, auf diese Einnahmequelle zu verzichten. Dazu kommt, schreibt Pater, noch das soziale Moment, das in diesem Falle sogar auf den Nichtsozialisten aufreizend wirkt. Denn der Kinobesitzer zieht weitaus den größten Nutzen aus einer Arbeit, die bald größer, bald geringer, von besserer oder schlechterer Qualität ist, aber keinesfalls von ihm geleistet wird. Das Publikum würde, wenn ein Sensationsfilm gespielt wird oder ein verregneter Sonntag oder sonstige Umstände dem Besuch günstig sind, genau so hereinströmen, wenn das Kino dem Staate gehören würde. Ein Betrieb aber, auf dessen Führung sein Besitzer so wenig Einfluß überhaupt nehmen kann, stellt ein ideales Sozialisierungsobjekt dar. Die Leitung ist eine so einfache, daß sie von einem verläßlichen Beamten leicht für mehrere Etablissements gemeinsam besorgt werden könnte. Pater erinnert dann daran, daß man als reif zur Verstaatlichung alle jene Betriebe bezeichnet hat, deren Produktionsqualität durch den Konkurrenzkampf nicht gesteigert werden kann, und sagt: Nun obliegt in unserm Falle die Produktion einzig den Filmfabriken, die zu verstaatlichen allerdings ein lähmender Mißgriff wäre; dem Kino selbst bleibt aber nur die ganz mechanische Reproduktion. Freilich obliegt schließlich auch dem Theaterdirektor nur Reproduktion. Aber wieviel persönlicher, anstrengender, schwerer vertretbar ist seine Arbeit. Ein wichtiger Grund, der für die Verstaatlichung oder Kommunalisierung spricht, ist die Verwendbarkeit des Films für die Erziehung der breitesten Massen. Daraus folgt unmittelbar die Unmöglichkeit, ein Erziehungsinstrument von solcher Wirksamkeit weiter noch in den Händen verantwortungsloser privater Besitzer zu belassen, für die begreiflicherweise nur materielle Gesichtspunkte maßgebend sein können. Diese Gesichtspunkte lassen sich aber vollständig mit dem berechtigten Unterhaltungsbedürfnis des Publikums auf eine Weise in Uebereinstimmung bringen, die mehr den dringenden Forderungen der Volkserziehung entspricht, als wie es bisher der Fall war. Pater gibt dann einige Richtlinien für die Aufgabe, die erzieherische Verwendung des Films mit seiner ursprünglichen Bestimmung, vor allem anspruchslose und leicht faßliche Unterhaltung zu bieten, zu vereinen. Dann sagt er: Nur vor zwei Faktoren schütze man das Kino: vor der Gewinngier, die ohne Liebe zur Sache und ohne Achtung vor dem Publikum eine ausschließliche Geldquelle daraus machen will, und vor der „Vertiefung" durch die Literaten. Pater hält vor allem eine technische Vervollkommnung der deutschen Filmindustrie für nötig, auf die seiner Ansicht nach eine beratende, richtungsgebende Stelle staatlichen Einfluß ausüben könnte. Verstaatlichung selbst verträgt die Filmfabrikation nicht, da sie schärfste Konkurrenz braucht, um sich zu immer neuen Aufbietungen von Erfindung, Regie, Einfällen anzuspornen. Wohl aber könnte durch Verstaatlichung des Konsums, nämlich der Kinotheater, ein wohltätiger Druck ausgeübt werden. Filme, die geeignet sind, den Horizont des Publikums zu erweitern, oder solche, die einfach einwandfreie Unterhaltung bieten, sind anzukaufen und aufzuführen; solche, die geeignet sind, den Geschmack zu verderben und besseres Empfinden zu verletzen und dadurch abzustumpfen, sind zurückzuweisen. Pater fordert zusammenfassend sofortige Verstaatlichung der Kinematographentheater und Schaffung einer beratenden Stelle für die Filmindustrie.

Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung des Arbeitsamtes. Die Zentrale für Volkswohlfahrt veranstaltet in Berlin einen Lehrgang für Berufsberatung. In dem berufskundlichen Teil des Lehrganges wurde unter Berücksichtigung der augenblicklichen Lage Deutschlands ein genaues Bild sämtlicher Berufe gegeben, die Ausbildungsmöglichkeiten, die Anforderungen und die Berufsaussichten aller Berufe eingehend behandelt. Auch das hiesige Arbeitsamt war vertreten. Es ist darum allen Eltern und den ins Erwerbsleben tretenden Jugendlichen aufs dringendste zu raten, vor der überaus wichtigen Entscheidung der Berufswahl sich über den ins Auge gefaßten Beruf genaue Erkundigungen bei der Berufsberatungsstelle im Arbeitsamt, Untertrave 104, einzuziehen. Jede Auskunft wird bereitwilligst eingehend und völlig kostenlos erteilt. Die Sprechstunden der weiblichen Abteilung sind Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 12 bis 2 Uhr, außerdem Dienstag nachmittag von 4 bis 6 Uhr im Arbeitsamt, Zimmer 6. Die Sprechstunden der männlichen Abteilung sind Dienstag, Mittwoch und Freitag mittag von 12 bis 2 Uhr im Arbeitsamt, Zimmer 10.

Gewerbegericht. 30 Arbeiter und Arbeiterinnen hatten gegen die Firma Cadow Klage erhoben, weil sie ohne Kündigung entlassen waren. Sie verlangen daher für 2 Wochen Lohn. Im Laufe der Verhandlungen am Montag wurde festgestellt, daß C. laut Verordnung berechtigt war, anstatt 48 Stunden die Woche nur 30 Stunden arbeiten zu lassen. Die Forderungen der Arbeiter werden daher auf 60 Stunden herabgesetzt. Nachdem 4 Arbeiter den Eid geleistet hatten, daß sie die Arbeitsordnung nicht gelesen und auch nicht gewußt hätten, daß dort ohne Kündigungsfrist gearbeitet würde, kam nach 2½stündiger Verhandlung mit dem Vertreter der Erben der Firma Cadow Herrn Rechtsanwalt Dr. Meyer ein Vergleich zustande, wonach den Arbeitern die Forderungen größtenteils zugesprochen wurden.

Milchzufuhr aus Dänemark. Nach einer Meldung der Exportvereinigung der Anteilmeiereien von Laaland und Falster ist die Milchausfuhr von Laaland nach Deutschland aufgenommen. Es werden täglich 20 000 kg Milch ausgeführt.

Das Sammeln und Abholen von Kartoffelschalen, das die Kriegs-Brockensammlung seit einigen Jahren durchführte, wird nach wie vor fortgesetzt und die Bevölkerung wird um regste Unterstützung gebeten. Haushaltungen, die von den Abholern noch nicht aufgesucht werden, können ihre Adresse der Sammelstelle Salzspeicher mitteilen (Fernruf 8718). — Die für die Ablieferung von Frauenhaaren festgesetzten Vergünstigungen werden noch bis zum 11. Oktober gewährt.

Zuckerrübenernte. Um die gesamte Zuckerrübenernte restlos einzubringen, ist die Reichszuckerstelle ermächtigt, die bisherige Anteilzuckermenge für die Rübenarbeiter zu erhöhen. Es sollen in Zukunft etwa 4 Pfund Zucker von jedem abgeernteten Morgen Zuckerrübenland für die Rübenarbeiter zum Inlandpreise zur Verteilung gelangen ohne Anrechnung auf die allgemein zuständige Menge.

Lübecker Siedelungs-Ausstellung. Am 18. Oktober wird eine Ausstellung von Lübecker Siedelungs-Projekten und Siedelungsanlagen in der Turnhalle des Johanneums veranstaltet. Die Ausstellung wird einige Wochen geöffnet sein. Sie verfolgt den Zweck, die verschiedenen auf ihren Gebieten auseinandergehenden Bestrebungen zu vereinigen und über die aufgeworfenen Fragen eine sachliche Erörterung zu veranlassen. Mit der Ausstellung wird ein Vortragszyklus verbunden sein, der alle Fragen des Siedelungswesens in gemeinverständlicher Form behandeln soll.

Stadttheater Lübeck. Der erste Strindberg-Abend findet am Mittwoch, dem 8. Oktober statt. Gegeben wird die Komödie „Kameraden". Als nächste Vorstellung für die Schauspielgemeinde, grüne Karten, wird am Donnerstag, dem 9. Oktober, „Kurth von der Kreith" (Ein halber Held), eine Tragödie von Herbert Eulenberg, in Szene gehen, die zweifellos zu den besten gehört, die der bekannte rheinische Dichter uns geschenkt hat. Eine Wiederholung außerhalb der Schauspielgemeinde ist nicht möglich, doch sind Karten für diese Vorstellungen jeweils an der Theaterkasse in beschränkter Anzahl zu haben.

Curau. Gemeinderatssitzung. Die Errichtung einer 2. Schulklasse in Curau soll im Schulhause durch Veränderungen vorgenommen werden. Da aber das Schulhaus der Kirchengemeinde gehört, und der Kirchenrat die Bauerlaubnis nicht erteilt, kann die 2. Schulklasse nicht eingerichtet werden. Schon in der vorhergehenden Sitzung wurde von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt, den Konfirmandensaal, der fast nur im Winter benutzt wird, zu diesem Zwecke zu verwenden, aber auch dagegen hat sich der Kirchenrat ablehnend verhalten. Ein Antrag Borowski für Enteignung des Konfirmandensaales und Verhandlungen der Regierung in Eutin mit der Kirchenvertretung Curau haben bis heute zu keinem Resultat geführt. Der Kirchenrat erklärt, die politische Gemeinde Curau habe kein Recht an der Kirchengemeinde Curau. In der letzten Sitzung wurde auf Antrag unseres Genossen Borowski ein energischer Protest an die Regierung in Eutin gesandt, um eine baldige Erledigung in dieser Frage herbeizuführen. Ein Antrag der soz. Fraktion um Bewilligung sämtlicher Lernmitel für die Schüler aus der Gemeindeschulklasse wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde beantragt, für jede Schule eine Nähmaschine anzuschaffen. Hier wurde ganz besonders darauf hingewiesen, daß die schulentlassenen Mädchen nicht imstande sind, Flick- und Näharbeiten zu verrichten, weil der Unterricht nicht von geprüften Handarbeitslehrerinnen erteilt würde. Auch hierin soll Abhilfe geschafen werden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Einstimmig angenomen wurde der Antrag, als Schularzt Sanitätsrat Dr. Sachse für sämtliche Schulen der Gemeinde Curau zu bestimmen. Ein Antrag Borowski (sozialdemokratische Fraktion), sämtlichen Wöchnerinnen, deren Einkommen unter 4000 Mark beträgt und die mindestens 3 Jahre im Gemeindebezirk wohnhaft sind, ein einmaliges Entbindungsgeld von 100 Mark zu gewähren, wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. In die Ernährungskomission wurde einstimig der Arbeiter Johannes Fick und der Kirchendiener Süchting, Curau, gewählt. Die Kommission soll die Lebensmittel bei der Verteilung überwachen. Die Erhöhung der Tagegelder der Gemeindevertreter auf 6 Mark pro Sitzung wurde bewilligt, ebenso die Teurungszulage der Gemeindebeamten. Ferner wurden für jeden heimkehrenden Gefangenen 100 Mark aus der Gemeindekasse bewilligt. Bedürftige sollen außerdem von den gesamelten Geldern eine weitere Beihilfe erhalten. Wegesachen wurden genehmigt. Genosse Borowski brachte die Milch- und Butterpreise zur Sprache. Es wurde eine Resolution angenommen, in der bei der Regierung Eutin schärfster Protest erhoben wird. Weiter wandte sich unser Genosse scharf gegen die Verabschiedung des Regierungspräsidenten Dr. Meier-Rodenberg, Eutin. Gleichzeitig wurde ein Telegramm verlesen, welches kürzlich an den Houshaltsausschuß der Nationalversammlung in Berlin gesandt wurge. Die Gemeinde Curau erhebt schärfsten Protest gegen die Angliederung der Provinz Lübeck an das Finanzamt Nordmark II. Schleswig-Holsteiner wünschen an das Finanzamt des Freistaates Lübeck angeschlossen zu werden.

Hamburg. Unabhängige Verleumdung. Die „Volkszeitung" schreibt unter der Stichmarke „1535,50 Mark Judaslohn" folgendes: „Dem Werftarbeiter Wilhelm Kähler, der seine Arbeitskollegen in der Akkordfrage verriet, wurde von Gleichgesinnten die oben angegebene Summe gezahlt. Judas Ischariot erhielt für seinen Verrat 30 Silberlinge. Heute zahlt man für Verat schon mehr. Vielleicht hängt die größere Summe mit dem schlechten Stand der Valuta zusammen. Bekanntlich ist der Verrat im Werte gestiegen, das Geld gesunken." — Genosse Kähler trat bekanntlich in einem „Echo"-Artikel für die Akkordarbeit ein und wurde dafür gemaßregelt. Er hatte nichts anderes verbrochen, als das öffentlich vertreten, was unabhängige Führer, die mit sich selbst ehrlich sind, auch tun. Kautsky sagte kürzlich im „Kampf": Die Voraussetzung für jede Sozialisierung ist, die sozialistische Arbeit produktiver zu machen als die kapitalistische und alles zu vermeiden, was jene Arbeit unproduktiver machen könnte. „Daher ist es unbedingt notwendig, von einer Beseitigung des Akkordlohnes abzusehen, die fast überall als selbstverständliche Begleiterscheinung der Sozialisierung betrachtet wird. Bittere Erfahrungen haben bereits die russische Sowjetregierung gezwungen, den Akkordlohn wieder in Anwendung zu bringen. Schon die Einführung des Stücklohnes würde die Produktivität der sozialisierten Industrien sehr heben. Die „Volkszeitung" hätte also alle Ursache, in der Frage der Akkordarbeit — die nur als notwendiges Uebel in Kauf genommen werden muß — stillzuschweigen und sich zu schämen, einen Arbeiter, der noch nicht einmal soweit ging, wie ihr Parteifreund Kautsky, und deswegen von den Unabhängigen ums Brot gebracht wurde, so zu verhöhnen.

Hamburg. Ueber 67 Millionen Mark fordert der Senat von der Bürgerschaft und zwar 30 Millionen für das Kriegsversorgungsamt, 15 Millionen für den Ankauf ausländischer Kohlen, 18 Millionen für die Erwerbslosenfürsorge und 4 196 100 Mark für Nachbewilligungen, Neu- und Umbauten und Pflasterungen. — Import von Petroleum. Der englische Tankdampfer Iroquois, 5772 Netto-Reg.-Tons groß, traf am Sonntag von Batan Range hier ein. Das Schiff überbrachte eine volle Ladung Petroleum. Der Dampfer hatte während seiner Reise außerdem einen großen Tankdampfer im Tau, den er in England gelassen hat. — Absperrung der Kasernen mit Drahtverhauen. Aus bisher noch nicht bekanntgegebenen Gründen sind die Zugänge zu den Kasernen seit Montag früh durch Drahtverhaue abgesperrt und es sind verstärkte Posten aufgestellt worden. Auch in den Zuführungsstraßen zu den Kasernen wurden Drahtverhaue aufgestellt. — Eine Razzia nach Schieberwaren durch die Lebensmittelkontrolleure ergab in vielen Läden Hammel-, Kalb- und Rindfleisch, das im Schleichhandel bezogen worden war und zu Wucherpreisen verkauft werden sollte. Stellenweise fand man mehr als 100 Pfund frisches Fleisch vor. Hieraus kann man wieder einmal ersehen, wieviel Vieh bei den Zählungen verheimlicht wird, das dann zu geeigneter Zeit geschlachtet und zu Wucherpreisen abgesetzt wird. Sämtliche vorgefundenen Fleischmengen wurden beschlagnahmt und dem Kriegsversorgungsamt eingeliefert. In den äußeren Stadtteilen wurden wieder eine größere Anzahl Schweine entdeckt und beschlagnahmt.

Altona. Zum Seemannsstreik. Während die Seeleute, wie berichtet, den Streik aufgehoben haben, dauert dieser bei den Fischdampfermannschaften an. Von Altona sind noch keine weiteren Fischdampfer ausgefahren. Die ganze Altonaer Fischdampferflotte, ungefähr 70 Schiffe, liegt auf. Die Forderungen des Seemannsbundes sind, wie die Blätter melden: Für die Mannschaften 300 Mk. Monatsheuer und 1 Prozent vom Fang, auf alle Fälle aber eine fest garantierte Summe von 1000 Mark monatlich. Ferner Mitbestimmung der Besatzung, wann und wo gefischt werden soll.

Kiel. Gut alldeutsch allewege. Der Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck hielt am Sonntag hier seinen Parteitag ab. Die schleswig-holsteinische Volkszeitung schreibt darüber: Es waren größtenteils mit Orden und Kriegsehrenzeichen belastete deutschblütige Agrarier zusammengeströmt, sowie in ihren Sphären wandelnde Beamte, die zum Teil seit der Revolution aus ihren himmlischen Bahnen stürzten und seitdem als Kometen durch die Oede des republikanischen Daseins irren. Sogar der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband suchte seine Zugehörigkeit zu dieser prähistorischen Abteilung der Menschenmenagerie durch die Delegation des Herrn Stille zu bekunden. Die Mühe hätte er sich sparen können. Ueber den politischen Horizont deutschnationaler Ladenjünglinge gibt es nur eine Auffassung. Als der Hahn das erstemal krähte — Eröffnungsansprache des Landrats a. D. Rogge-Schleswig — suchte er seine ruhmreichen Vorfahren Oldenburg-Januschau und Konsorten zu verleugnen. Er legte Wert darauf, zu betonen, daß die Deutschnationale Volkspartei nicht die Fortsetzung alter politischer Parteien sei. Pfarrer Traub suchte sie später zu rehabilitieren. Es hätte seiner Bemühungen nicht bedurft. Die programmatische Rede des Landrats ade machte diese Sünde am heiligen Geist der Väter doppelt und dreifach wieder gut. Sie sind doch ganz die alten geblieben, unsere lieben Krautjunker und Klitschenbesitzer. Die Konservativen im Reichstage bewilligten sich selbst die als Liebesgaben bekannten Steuererleichterungen. Die Deutschnationalen denken sich durch den Abbau der Zwangswirtschaft die Taschen zu füllen. Die Konservativen waren die lebhaftesten Befürworter des Sozialistengesetzes und der Zuchthausvorlage. Ihr Epigone Rogge-Schleswig forderte gestern unter dem lebhaften Beifall der Versammelten Schutz der Arbeitswilligen! Alle Streiks müßten verboten und die Erwerbslosenunterstützung — die Herr Dr. Oberfohren-Kiel als Faulheitsprämien zu bezeichnen wagte — beseitigt werden. „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen." . . . . . Auf das Wort Monarchie reagierte es mit minutenlangem Trampeln und Beifallklatschen. Immer wieder wurde die Treue zum schwarz-weiß-roten Kaiserreich gelobt. Dem Kaiser sandte man einen „stillen Gruß in seine Verbannung". Selbst Ludendorff erhielt ein Glückwunschtelegramm, denn „wir sind keine undankbaren Hunde". Es gibt auch nicht eine Sünde des alten Systems, die nicht von der Versammlung gedeckt wurde. Bleibt also die Frage offen, woher man den Mut nimmt, sich Deutschnationale „Volks"-Partei zu nennen. Etwa, weil man Phrasen drischt und für Freiheit und Recht kämpft? Meint man doch nur die Hundefreiheit, an der Leine geführt zu werden, und das Recht, zu verhungern. Oder weil man die Ideale des Ordnungsbundes — Ruhe und Ordnung — auf die Fahne geschrieben hat? Mag man auch nur die Ruhe des Friedhofes meinen und unter Ordnung die ganze Nichtswürdigkeit des alten Systems verstehen. Immerhin, sie wollen das Volk beglücken. Einige der Redner bekamen sogar den prophetischen Raps und sagten den nahen Sieg ihrer Partei voraus. Man mag darüber lachen, fest steht, daß die Reaktion marschiert. Und während die Deutschnationalen eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei begrüßen würden, sehen die Unabhängigen und Kommunisten ihre höchste Aufgabe darin, sich und uns den Wind aus den Segeln zu nehmen. Möge Pfarrer Traub mit seiner Befürchtung Recht behalten, daß die Gegensätze in der Arbeiterschaft zur geeigneten Zeit überbrückt werden.

Kiel. Der Transportarbeiterstreik beendet! Die Streikenden haben Sonntag zu dem Vermittlungsvorschlag des Lohn- und Arbeitsamts Stellung genommen. Mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl unserer Stadt und um das Wirtschaftsleben nicht weiter zu beunruhigen, wurde beschlossen, dem Vorschlage zuzustimmen. Nur 15 Prozent der Anwesenden waren dagegen. Die Streikenden haben Montag vormittag die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen, unter der Bedingung, daß jeder von ihnen wieder an seinen Platz kommt. Durch den Streik der Kleinbahner war Kiel in seiner Milchversorgung bedroht. Die Postillione haben schon am Sonnabend ihre Tätigkeit wieder begonnen. — Grußpflicht und Vorgesetztenverhältnis. Eine Versammlung der Garnison Kiel, an der 1700 Mann aller Dienstgrade teilnahmen, nahm eine Resolution gegen die unklaren und falschen Auslegungen der Erlasse der Reichsregierung über Grußpflicht und Vorgesetztenverhältnis von seiten der dem Reichswehrministerium untergeordneten Dienststellen an. — Ein „teurer" Bürgermeister. Die den Stadtkollegien zugegangene Vorlage schlägt vor, dem Oberbürgermeister bis zum 7. Dezember 1924 sein volles Gehalt in Höhe von 20 000 Mk. und danach ein Ruhegehalt von 18 756 Mk. pro Jahr zu bewilligen.

Flensburg. Nordschleswigs Ernährungsprogramm während der Abstimmung. Am 4. Oktober weilte der schwedische Konsul Lundgreen als Delegierter der internationalen Kommission, welche die Abstimmung in Nordschleswig vorbereiten soll, in Flensburg, um mit Vertretern des deutschen und dänischen Teiles der Bevölkerung über die Frage der Ernährungswirtschaft während der Abstimmung zu verhandeln. Die Beratungen wurden in gemeinsamer Sitzung unter dem Vorsitz des Staatskommissars von Schleswig-Holstein, Dr. Köster, abgehalten. Man einigte sich auf ein besonderes Ernährungsprogramm, das die Beibehaltung in der bisherigen Lieferfrist und den Austausch aller Ueberschüsse des Abstimmungsgebietes gegen Baumaterialien vorsieht.

Rendsburg. Magistratswahlen. Für die Wahl von acht unbesoldeten Magistratsmitgliedern wurden fünf Wahlaufsätze der Bürgerlichen (17 Stimmen) und drei Wahlaufsätze der sozialdemokratischen Stadtverordneten (13 Stimmen) gewählt. Es ziehen also fünf Bürgerliche und drei Sozialdemokraten (zwei Mehrheitssozialisten und ein Unabhängiger) demnächst als unbesoldete Senatoren ins hiesige Stadtparlament ein.

Elmshorn. Bei den Landtagswahlen wurden bei schwacher Wahlbeteiligung mit Stimmenmehrheit gewählt Stadtrat Carstens (Dem.) zum Beigeordneten. Stadtverordn. Schüder (Dem.), Stadtrat Weyl (D. Vp.), Stadtv. Krause (M.-Soz.), Stadtv. Weiß (M.-Soz.) und Stadtv. Röß (M.-Soz.).

Westerland a. S. Ein schweres Minenunglück, dem leider zwei zur Erholung auf der Insel weilende Ferien-Kinder aus Hamburg durch eigenes Verschulden zum Opfer fielen, ereignete sich am Strande bei Kampen. Unter Begleitung zweier Erwachsener, dabei der Mutter eines der verunglückten Jungen, hatten mehrere Kinder der Hamburger Kolonie Westerland einen Spaziergang nach dem Roten Kliff gemacht. Trotz wiederholten Hinweises auf die Minengefahr und des Verbotes, angeschwemmte Minen zu berühren, machten sich die beiden Jungens mit Stöcken an einer noch nicht entschärften Mine zu schaffen. Sie wurden durch die Explosion auf der Stelle getötet. Von den übrigen Kindern wurde eines erheblich am Bein verletzt.

Bremen. Die U. S. P. in der bremischen Nationalversammlung. Unser Bremer Bruderblatt schreibt: Sang- und klanglos vollzog sich am letzten Freitag der Wiedereintritt der Unabhängigen in die Deputationen und Kommissionen, deren Austritt seinerzeit so erregte Debatten voraufgegangen waren. Wir begrüßen diesen Entschluß der Unabhängigen, der nach unserer Ueberzeugung sowohl im Interesse des bremischen Gemeinwesens als auch der gesamten Arbeiterschaft und des Sozialismus liegt. — Praktische Mitarbeit ist das beste Mittel, um radikale Phrasen totzuschlagen.

Neueste Nachrichten.

Entlassung aus der Schutzhaft.

Leipzig, 7. Oktober. Die Unabhängigen Schöning, Dietz, Lewinsohn und Reich, die vor fünf Monaten, als die Truppen des Generals Märcker Leipzig besetzten, in Schutzhaft genommen wurden, sind Sonntag von der Festung Königstein wieder entlassen worden.

Eine Flottendemonstration der Entente vor Konstanza?

Budapest, 7. Oktober. In sonst gut unterrichteten Kreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht, die Entente habe an die rumänische Regierung eine sehr energische Note gerichtet, in der sie die Rumänen auffordert, binnen 8 Tagen auf die alte Demarkationslinie an der Maros zurückzugehen. Die Rumänen hätten diese Forderung nicht beachtet, worauf die Entente mit der Blockade gedroht habe. Da auch diese Blockade nichts gefruchtet habe, seien italienische, englische und französische Kriegsschiffe vor Konstanza erschienen und haben tatsächlich diesen Hafen blockiert.

Deutsche Angeklagte vor französischen Gerichten.

TU. Genf, 7. Oktober. Das Kriegsgericht in Linne (?) hat gegen den Grafen Bismarck und sieben anderen deutschen Angeklagten wegen Mord, Totschlag und vorsätzlicher Brandstiftung Anklage erhoben. Graf Bismarck wird beschuldigt, daß er, um ein Exempel zu statuieren, 14 Einwohner des Dorfes Coignes erschießen ließ.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Ausgabe von Spiritus-Bezugsmarken.

Die Ausgabe von

Spiritus-Bezugsmarken für Monat Okt.

erfolgt in der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamtes, Königstraße 69, von **Mittwoch, den 8. Oktober 1919** ab und zwar nur an diejenigen Bezugsberechtigten, welche im August 1919 zuletzt Spiritus-Bezugsmarken erhalten haben.

Bei der Abholung der Marken sind die Ausweise zum Bezuge von Lebensmitteln vorzulegen.

Lübeck, den 6. Oktober 1919. (8402

Das Landesversorgungsamt.

Einäscherungen

von Leichen können wegen Kohlenmangels einstweilen nicht vorgenommen werden.

8408) **Die Friedhofsbehörde.**

Mathilde Borgert
geb. Wohlers
Karl Goritz
Verlobte.
Lübeck. (8418

Albert Schütt Erna Schütt
Vermählte. geb. Brack.
Travemünde/Klütz,
8416) 4. Oktober 1919

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Silb. Hochzeit danken herzlich

Wilh. Ahrens u. Frau
8419) Hansastr. 71 a.

Gesucht ein Laufjunge **außer der Schulzeit.**
Frau Dr. Thoemmes,
8420) Breite Str. 8.

Rockschneider und Damenschneider
8409) sucht
Justus Meyer, Lübeck.

Schuhmacher
finden dauernde Arbeit.
8424) **K. Schulz,**
Marlistr. 43a, Eing. Bülowst.

Suche Stellen zum Waschen
8414) Hundestr. 32, part.

Waschtopf zu kaufen gesucht (8417
Kohlhorststraße 47.

Eleg. schw. Sammethut m. Federn, 50 Mk., u. eine schw. Federrüsche zu verk.
8413) Maiblumenst. 6—8, I.r.

Zu tauschen ges. 1 Paar guterh. **Militärstiefel,** Gr. 28. (8415
Maiblumenstr. 14. I. l.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Morgen früh
pa. junges Fleisch
C. Kühn, (8423
Schönkampfstraße 3.

Hillgers Handbuch
der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919
enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der Nationalversammlung.
2.50 Mk.
Buchh. Fr. Meyer & Co.

Für Herbergen
Fremden-Meldezettel
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Möbel
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Küchen-Einrichtungen
sowie sämtl. Einzel-Möbel
zu bekannt billigen Preisen.
Vereinigte Möbelkaufhäuser,
73 Königstraße 73.
Fernspr. 641. (8268

Glasscheiben
aller Art offeriert
O. Tauchnitz,
Glashandl., (8112
Fleischhauerstr. 35, F. 2808.

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Konsumverein f. Lübeck u. Umg.
e. G. m. b. H.

Achtung, Mitglieder!

Mit dem 30. September schliesst unser Geschäftsjahr.

Zur Feststellung des Umsatzes der Mitglieder müssen die in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 30. September 1919 bei den Einkäufen erhaltenen **Marken,** soweit sie volle zwanzig Mark betragen, und die **Mitgliedsbücher** in der Zeit

vom 1. bis 10. Oktober 1919

in den Warenabgabestellen abgeliefert werden.

Nur in dieser Weise abgelieferte Marken können zur Berechnung der Rückvergütung in Betracht gezogen werden.

Nach dem 10. Oktober abgelieferte Marken haben keine Gültigkeit.

Etwa den Betrag von 20 Mk. nicht erreichende Marken sind im Oktober—November 1919 beim Umtausch zu verwenden.

Die bei der Ablieferung erhaltene **Quittung** bitten wir sorgfältig aufzubewahren, da nur gegen Rückgabe derselben die Rückvergütung ausbezahlt wird.

(8419) **Der Vorstand.**

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung.
Johannisstr. 46.

Ankauf v. künstl. Gebissen, Brennstift., Platin alt. Gold u. Silb., gold. u. silb. Taschenuhr. **Königstr. 92** 8398

Zur Einmachezeit

verwende jede Hausfrau die seit Jahren beliebten Marken:

Echter **Surol** der beste — **Essig** — Echter **Ceka** der gesüsste

besonders preiswert und vorzüglich als Einmache-, Haushaltungs- u. Salat-Essig.

zum Einmachen und als Salat-Essig mit allen Gewürzen, fertig zum Gebrauch. Erspart jeden Zuckerzusatz.

In Originalflaschen überall erhältlich. — **Man achte auf die Namen Surol und Ceka und weise Nachahmungen zurück.** (8363

Lübecker Essig- u. Senf-Fabrik Gebr. Buck & Wiegels G. m. b. H.
Königstraße 100. **Lübeck** **Telephon 369.**

Stundenplan des Volksbildungszirkels des Arbeiterbildungsvereins.

1. **Zirkel:** Weitze, Kleine Burgstraße 9; **Mittwoch** 7½ bis 9½ Uhr, **Marienschule, Langer Lohberg.**
2. **Zirkel:** Braasch, Walter, Glockengießerstr. 78; Donnerstag 5½—7½ Uhr: **Marienschule, Langer Lohberg.**
3. **Zirkel:** Kasbohm, Walter, Kronsforder Allee 117; Sonnabend 5½—7½ Uhr: **1. St. Jürgenschule, Kalandstraße.**
4. **Zirkel:** Schmalfeld, Paul, Bleicherstr. 29; Mittwoch 7½—9½ Uhr: **1. St. Jürgenschule, Kalandstr.**
5. **Zirkel:** Prüßmann, Heinrich, Paulstr. 15; **Baracke Heinrichstraße;** Sonnabend 7½—9½ Uhr: **2. St. Gertrudschule.**
6. **Zirkel:** Bastine, Fritz, Hansastraße 100, **Holstentor-Nord;** Donnerstag abend 7—9 Uhr: **Schule Kirchenstraße.**
7. **Zirkel:** Natzke, Friedrich, Brolingstraße 19, **Holstentor-Süd;** Freitag abend 7—9 Uhr: **Schule Kirchenstraße, 2. St. Lorenz.**
8. **Zirkel:** Stiebig, Hans, Katharinenstr. 45, II; Mittwoch 7—9 Uhr: **2. St. Lorenzschule, Kirchenstr.**
9. **Zirkel:** Niemeier, Joachim, Kücknitz, Schlafhaus Hochofenwerk; Mittwoch 6—8 Uhr: **Schule in Kücknitz.**
10. **Zirkel:** Feldmann, Johannes, Travemünde, Kurgartenstraße 95; Mittwoch abend 7½—9½ Uhr: **Schule zu Travemünde.**

Gemeinschaftliche Versammlung aller Teilnehmer

Sonntag vormittag 8 Uhr, Zimmer 1, Gewerkschaftshaus. 8422

Weitere Auskunft erteilt **Josef Gogowski,** Arbeitersekretär, Johannisstraße 48.

Feiertage halber bleiben unsere Geschäftsräume am Donnerstag, dem 9. Oktober und Freitag, dem 10. Oktober

geschlossen. 8410

Louis Wolff, Commanditgesellschaft

Gr. Inventar-Versteigerung
im Gasthof Dovensee, Schlutup,
am Bahnhof.

Freitag, den 10. Oktober, morgens 9½ Uhr, werde wegen Verkauf des Grundstücks das sehr gut gepflegte Inventar des Gasthofes

1 Buffet, 1 Tonbank, 1 3teil. Bierzapfer, 1 2teil. Eckbrett, 1 runder Stammtisch m. Herrentischsockel, 1 rund. Eichentisch, 18 Wiener Stühle, 18 Gartenklapptische, ca. 80 Gartenklappstühle, 2 Holztische, 14 Holzstühle (Thonett Wien), 1 Warenautomat, 3 Stand Bertzeug, 3 kl. Waschtische, 3 Sofas (Bogen), 1 Eisschrank, 1 gr. Fliegenschrank, 4 Tischplatten mit Böcken, ca. 100 Biergläser, ca. 50 Weingläser, 3 Bieranstecker, 2 Manometer, ca. 100 Tassen, Ein Posten Gläser, Teller, Kaffeekannen, Messer, Forken, Löffel und sonstiges,

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Besichtigung zwei Stunnen vor Beginn.

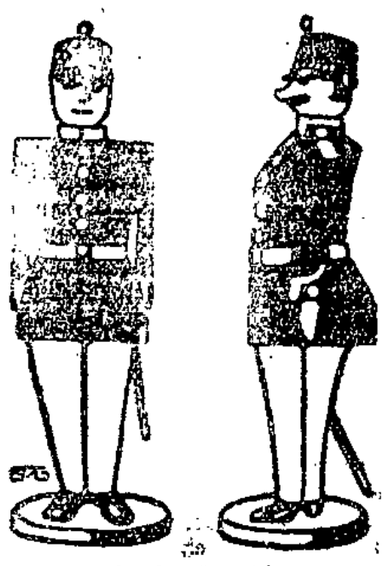
R. Bruhn, öffentlich angestellter und beeidigter Versteig. für bewegliche Gegenstände.
Kontor: Fischstraße 36. Fernruf 977. (8426

NB. Ein Verkauf vor der Auktion ist ausgeschlossen.

Louisenlust.
Jeden Mittwoch:
Grosses Tanzkränzchen.
Beginn 6 Uhr. (8396) **Aegidius Maka.**
Kaffee und Kuchen.

Friedrichshof.
Mittwoch, den 8. Oktober: (8404
Gr. Tanzkränzchen
Anfang 7 Uhr.

Kolosseum
Jeden Mittwoch: (8397
Gr. Ball
Anfang 6 Uhr. **Heinr. Ohde.**



Vom Musketier bis zum Korporal
Putzt alles die Stiefel
mit
Erdal
schwarz - gelb - braun
Alleinhersteller:
Werner & Mertz
Mainz (für das besetzte Gebiet)
Frankfurt a. M. (f. d. unbes. Gebiet)
8405

Stadthallen-Lichtspiele
Lübeck. **Mühlenbrücke 13.**

Nur 3 Tage, 7.—9. Oktober

Heldin der Liebe.
Drama in 5 Akten
mit Carlo und Clara Wieth.

Sündenböcke.
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle: **Fritz Steidel.** 8427

Der Provionsschlucker
Lustspiel in 1 Akt.

Industrie- und Naturaufnahmen.

Nur im Biophon!
Erstaufführung. Nur 3 Tage.
Großes Sittendrama in 5 Akten:
Frl. Mutter.
Verfaßt von Kitty Aschenbach.
Käte Haak, Bruno Derarll, Fritz Kedl.
Ein Abenteuer des berühmten Detektivs **Joe Deebs:**
Die närrische Fabrik. Detektivdrama 4 Akte.
Joe Deebs, Max Rubeck, Hella Ingrid.
Ein reizendes Lustspiel: 8408
Frl. Colibri.

Donnerstag, d. 9. Oktober, abds. 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus
Vortrag
des Herrn Arbeitersekretärs **J. Gogowski**
über 8412)
Die soziale Gesetzgebung und was fordern die Arbeiter zu ihrer Verbesserung?
Arbeitsgemeinschaft für Volksaufklärung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Lübeck.

Einladung zum Ball
am Sonnabend, dem 18. Oktober 1919, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 6 Uhr. 8406
Herren 2.— Mk., Damen 1.— Mk.
Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Der neue
Welt-Kalender
für 1920
ist jetzt erschienen.
Preis 80 Pfg.
Zu beziehen:
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
und deren Kolporteure.

Deutscher
Bauarbeiter-Verb.
Zahlstelle Fackenburg.

Die Versammlung
findet **jeden zweiten Mittwoch im Monat,** abends 7½ Uhr, im **Vereinslokal** statt. (8425
Der Vorstand.

Zentralverband der Angestellten
Die für heute anberaumte Versammlung findet erst in der nächsten Woche statt.
8421) **Der Vorstand.**

Verband der Maler.
Versammlung
am Mittwoch, d. 8. Okt., abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause.
8411) **Der Vorstand.**

Gesellschaftshaus Marli.
Jeden Mittwoch u. Sonntag:
Gr. Tanz.
Eintritt nur 30 Pfg. 8389

Hansa-Theater
Dienstag punkt 7:
Die Faschingsfee. 8407
Operette von E. Kalman.
Mittwoch
und folgende Tage:
Die Faschingsfee.

Stadttheater Lübeck
(8400
Dienstag, den 7. Oktober:
4. Vorst. im Dienstags-Ab.
Abends 7 Uhr:
Lohengrin.
Mittwoch, den 8. Oktober:
4. Vorstell. im Mittwochs-Ab.
Kameraden.
Donnerstag, d. 9. Oktober:
Schauspielgemeinde
Grüne Karten.
Kurth von der Kreith.
Freitag, den 10. Oktober:
4. Vorst. im Freitag-Abonn.
Hänsel u. Gretel.
Hierauf:
Der betrogene Kadi.

Stadttheater Lübeck
Infolge Erkrankung im Personal muß die Vorstellung **„Carmen“** ausfallen und geht dafür **„Lohengrin“** in Szene. (8401

Beilage zu Nr. 234.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 7. Oktober 1919

Die Sozialdemokratie und ihre Gegner.

In ungeheurer Zahl waren Montag abend die Massen im „Gewerkschaftshause“ zusammengeströmt, um an der Volksversammlung teilzunehmen, die vom Sozialdemokratischen Verein einberufen worden war. Genosse Wels aus Berlin, der sich auf der Rückreise vom dänischen Parteikongreß befand, sprach über „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal und die Gallerie Kopf an Kopf gefüllt. Hunderte von Besuchern mußten sogar wieder umkehren, weil sie keinen Platz mehr finden konnten. In ganz ausgezeichneter Rede ging Gen. Wels auf alle wirtschaftlichen und politischen Fragen ein und rechnete sachlich, aber auch scharf mit den Gegnern von rechts und links ab. Nicht in Schimpfereien und Pöbeleien, wie es bei den Rednern unserer Gegner von links zumeist der Fall zu sein pflegt, gefiel sich unser Redner, sondern seine 1½stündigen Ausführungen, die einen tiefen Eindruck hinterließen, waren durchaus sachlich und bekundeten eine innige Vertrautheit mit dem Gegenstande, der zur Aussprache stand.

Unser Genosse führte etwa folgendes aus:

Fast 60 Jahre ist die Sozialdemokratie von bürgerlichen Parteien bekämpft [illegible] vielfach auch mit Hohn und Spott überschüttet worden. Aber [illegible]höhnten und Verspotteten wurden nicht nur immer stärker [illegible]ter, sondern sie wurden auch die Hoffnung des Proletariats und weiter Volkskreise. Als der Krieg alle Kräfte verbraucht hatte, als die alten Gewalten zusammenstürzten, da war es niemand anders als die sozialdemokratische Partei, von der man Rettung aus tiefster Not erwartete. Die Partei hat ihr Programm nicht nur immer mehr verbreitet, sondern auch stets vertreten. Wir arbeiten nicht am Verrat, wie die Gegner von links behaupten, sondern an der Erfüllung unseres Programms. Nach der Möglichkeit der Erfüllung aber fragen diese Gegner nicht. Sie vertreten nur die idealistische Geschichtsauffassung und lassen alles andere außer acht. Während Marx und Engels uns die Entwickelung des ganzen Wirtschafts- und Produktionsprozesses gelehrt haben, sagen die Gegner von links, daß alles sofort möglich sei. So fordert die Revolutionsromantik ihre Opfer. Aber die Sozialdemokratie lebt weiter, wie bisher in der Demokratie, denn der Sozialismus ist nur möglich, wenn er von dem Willen des ganzen Volkes getragen wird. Die Gewalt verachten und bekämpfen wir, ganz gleich ob sie von links oder von rechts kommt. Die Gewalt ist nie eine Erzieherin, sondern immer nur ein Mittel zur weiteren Gewalt gewesen.

Nach dem Kriege war nur die Sozialdemokratie als einziger moralisch tragfähiger Faktor vorhanden. Die Uebernahme der Regierung war eine ungeheure Verantwortung, denn es gilt ein Volk von 60 Millionen wieder hoch zu bringen. Wir können nicht wirtschaften, wie einige Tollköpfe es wollen, nein, wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, wenn das Elend behoben werden soll.

Wer hat in den Dezembertagen vorigen Jahres Gewalt ausgeübt? (Rufe: „Sie!“) Junger Mann, Sie sind mir zu jung, um urteilen zu können. Spartakus war es, der am 23. Dezember die Regierung eingeschlossen hatte. Mich als Stadtkommandanten von Berlin wollte man an die Wand stellen. Anstatt, daß die Matrosendivision die Schlüssel zum Marstall, wie versprochen, abliefere, griff sie zur Gewalt. Ich hätte leicht mit Gewalt antworten können, aber die Rücksicht auf Menschenleben hielt mich davon ab. (Mehrfache Zwischenrufe der Spartakisten.) Um der gewaltsamen Gefangennahme der Regierung zu begegnen, haben wir erst Gewalt gegen Gewalt gesetzt. Wir waren am 9. Dezember für die Einheit der Arbeiter, der Sozialdemokratie, die Leute um Liebknecht aber verhinderten die Einigkeit. Sie gaben die Parole aus: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, nicht alle Macht dem ganzen Volke. Ich selbst war das erste Mitglied des Soldatenrates. Ich war es, der damals in den kritischen Tagen es wagte, zu den Jägern zu sprechen, wozu sich kein „Unabhängiger“ bereit fand. Die Panzerautos erschienen erst auf der Straße, als die Gefahr schon beschworen war. Man predigte den Arbeitern, die Waffen nicht abzugeben, weil man damit die Regierung stürzen und die Nationalversammlung verhindern wollte.

Die vornehmste Aufgabe der Regierung war am 9. November, den Waffenstillstand abzuschließen, weil sonst der immer mehr vordrängende Feind ein furchtbares Blutbad angerichtet hätte. Wäre der Waffenstillstand nicht abgeschlossen worden, dann wären sehr viele nicht zurückgekehrt, die heute unter uns weilen. Das von links gewünschte Bündnis mit Rußland, um gegen die Entente zu kämpfen, würde die Fortsetzung des Blutbades auf deutschem Boden bedeuten, und zwar ohne Aussicht auf den geringsten Erfolg. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung müssen wir Truppen haben. Das hat der frühere sächsische Kriegminister, der „Unabhängige“ Fleißner, selbst gesagt. Das Gesicht der Welt hat sich gewaltig verändert. Frieden werden wir aber nicht eher haben, bis alle Staaten zur Ruhe gekommen sind. England hat sich Deutschland, seinen schärfsten Rivalen, vom Halse geschafft. Wir sind heute abhängig von England und Amerika. (Zwischenruf: Warum?) Weil wir den Krieg verloren haben! Die englische Politik der letzten Jahre lief auf eine Schwächung Rußlands hinaus. Das ist nun ebenfalls erreicht. England hat sich die Führung der Welt gesichert, und Amerika wird kommandieren. Auch Amerika wird über Europa zu herrschen versuchen. Wir sind auf die Lebensmittel, die Rohstoffe und den Kredit Amerikas angewiesen. Vor dem Kriege hatten wir eine Einfuhr von rund 10 Milliarden. Heute können wir die eingeführten Rohstoffe nur mit Arbeit bezahlen, denn unser Papiergeld kann uns nicht vom Hunger retten. Die 2½ Milliarden Mark Goldbestand, die wir früher hatten, würden für Rohstoffe schnell ausgegeben sein. Darum kann uns nur Arbeit und abermals Arbeit retten. Der Regierung wird fortgesetzt das Leben durch die von links betriebene Propaganda für Streiks, Unruhen und Sabotage ungeheuer schwer gemacht. Die Erhöhung der Löhne macht uns aber nicht reicher; reicher werden wir nur, wenn wir Güter erzeugen. **Die Warenproduktion ist das einzige Mittel, wodurch wir uns helfen können. Politische Streiks sind Gift für die Produktion.** Das muß ausgesprochen werden. Wir müssen den Mut haben, zu sagen, was ist. Redner beweist an einem sprechenden Beispiel, daß uns das Papiergeld vom Elend nicht erretten kann, sondern nur Arbeit.

Durch die zwingende Notwendigkeit, Rohstoffe vom Auslande einführen zu müssen, sind wir nicht allein vom Auslande abhängig, sondern der angelsächsische und amerikanische Kapitalismus ist auch dadurch wesentlich gekräftigt worden. Ein Kampf gegen die Entente würde von ihr mit der einfachen Blockade wirkungsvoll bekämpft werden. Das Ausland braucht die Konkurrenz der Deutschen nicht zu fürchten, weil ein ausgehungertes Volk auf viele Jahre hinaus den Konkurrenzkampf mit Erfolg nicht aufnehmen kann. Zwar hat auch die Entente knappe Lebensmittelrationen gehabt, aber den Hunger haben sie nicht in dem Maße kennen gelernt, wie wir. Jetzt versorgen sich die Länder der Entente zuerst mit Rohstoffen, weil sie richtig erkannt haben, daß sie auf diesem Wege am ersten zum Wohlstand kommen und einer Revolution bei ihnen am sichersten vorbeugen können. Die Umwälzung in den Ententeländern wird sich deshalb vermutlich in friedlicher Weise vollziehen. Es ist ein Wahnsinn, gegen solche Länder die Weltrevolution zu predigen. Kein Staat ist vom Auslande mehr abhängig als wir; das sollten die Arbeiter endlich einsehen lernen und richtig erkennen. Deutschland war seit 1870 das führende Land auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Jetzt haben England und Amerika die Herrschaft übernommen. Wenn uns nicht die internationale Solidarität der Arbeiter zur Seite steht, dann werden wir die Lohnarbeiter der Erde.

Die Internationale ist früher vielfach verspottet worden. Als aber der Krieg ausbrach, setzten viele Bürgerliche die einzige Hoffnung auf die Internationale, daß sie den Krieg verhindern könne. Nur in Deutschland hat man auf den Militärstreik zur Verhinderung des Krieges gehofft; in anderen Ländern ist hingegen die Frage niemals aufgetaucht. Hätten wir den Militärstreik durchgeführt, dann würde heute der frühere russische Zar der Kapellmeister Europas sein. Gerade die bürgerlichen Parteien waren es früher, die uns am Ausbau der Internationale hinderten. So wichtig wie die Internationale ist, so wenig ist sie imstande, den Sozialismus auch nur einen Tag früher herbeizuführen, als die Entwickelung dazu reif ist. Die Sozialisierung eines Trümmerhaufens hat keinen Wert. Die Sozialisierung muß Fortschritte bringen. Wenn der Bruderkampf nicht aufhört, werden wir zur Kolonie der Entente herabgedrückt. Der Weltkrieg hat die Konzentration des Kapitals gewaltig gefördert. In Amerika sitzen die Männer, die allmächtig sind und uns gegebenenfalls aushungern lassen können.

Der größte Feind der Arbeiter ist derjenige, der den Bruderkampf predigt. Hätten wir eine einige Sozialdemokratie, dann hätten wir heute keinen Straßenkampf, und hätten auch vielleicht einen anderen, besseren Frieden abschließen und uns bessere Kredite verschaffen können. Das Ausland gibt uns heute darum schwer Kredit, weil es fürchtet, daß ein Haufen Straßenräuber die Regierung davonjagen kann. Ich nehme das Häuflein Spartakisten nicht so ernst, wie viele es tun. Ihre Geldquelle fließt auch von Osten her; denn auch in Rußland wird deutsches Geld hergestellt zur Vermehrung [illegible] Wirren in Deutschland. Die Tätigkeit der Spartakisten bereitet der Reaktion die Wege zur Herrschaft vor. Durch die Kampfesweise der Linksradikalen wird vielen der Sozialismus verekelt; sie sehnen sich teilweise daher nach der früheren Regierung zurück. Redner verweist auf München und verschiedene andere Greueltaten der Spartakisten. Ich fürchte die Gegner von links nur darum, weil sie die Geschäfte derer von rechts besorgen. Die Not nimmt heute das Gemüt vieler befangen, daß sie zu einer richtigen Erkenntnis der wirklichen Dinge nicht kommen.

Die Sympathie der ausländischen Arbeiter, die wir heute noch haben, beruht vor allem auf der früheren Einigkeit der deutschen Sozialdemokratie. Die Frage unserer Einigkeit ist auch eine Frage der Internationale. Ein nationaler Sieg des Sozialismus ist unmöglich. In der sozialdemokratischen Partei muß Raum für die verschiedensten Anschauungen sein. Alle können aus freiem Entschluß ihr zuströmen. Aber stets muß die Minderheit sich der Mehrheit fügen. **Ein Sozialismus ohne Demokratie ist unmöglich.** Von links höhnt und spottet man über die Errungenschaften der Revolution. Man vergißt dabei ganz, daß wir vor kurzem noch gegen das Dreiklassenwahlrecht demonstrieren mußten, während wir heute das freieste Wahlrecht der Welt besitzen. Ebenso ist es mit dem Achtstundentag und vielem anderen mehr. Heute kommen die Spartakisten und sagen, das ist alles gar nichts. Aber erst infolge des Achtstundentages in Deutschland wurde der Kampf [illegible] auch in England und Frankreich eingeführt. Heute wählt jeder Wähler nicht allein die gesetzgebenden Körperschaften, sondern auch zugleich die Regierung, weil dieselbe aus den Parteien gebildet wird. Wenn wir heute nicht schon alles haben, was wir wünschen, so ist doch der Weg frei dafür. Wir haben das Frauenwahlrecht eingeführt, trotzdem wir wußten, daß es ein Stützpunkt der Reaktion ist, weil besonders auf dem Lande die jungen Frauen in politischen Dingen heute vielfach noch recht unwissend sind. Wir müßten aber den Glauben an den Sozialismus verloren haben, wenn wir den Frauen das Wahlrecht vorenthalten hätten. **Das ganze Volk soll in voller Demokratie sein Geschick sich selbst zurechtzimmern.** Im Geisteskampf werden wir siegen. Den Kampf mit Handgranaten lehnen wir ab. Der Ruf der Spartakisten im Januar in Berlin nach Waffen bedeutete, daß sie den Geisteskampf ablehnen. Als dann der Kampf von jener Seite ausbrach, mußten wir uns wehren und mußten an Freiwilligen nehmen, was wir bekommen konnten. Ohne eiserne Manneszucht ist ein Söldnerheer, wie es uns die Entente im Friedensvertrag auferlegt hat, unmöglich. Die Zahlen, die die „Unabhängigen“ über den Bestand unseres Heeres anzugeben pflegen, sind erlogen und haben uns in Frankreich sehr geschadet. Heute hält man die Kriegsgefangenen dort nur darum zurück, weil man befürchtet, daß sie das Heer in Deutschland vergrößern sollen. So werden die seelischen Qualen der Kriegsgefangenen durch die Taktik der „Unabhängigen“ verlängert.

Die Radikalen verlangen: Noske soll gehen. Wenn aber Noske geht, kommt ein anderer Noske. Liebknecht war es, der zuerst mit den Maschinengewehren auf die Straße zog. (Zuruf: Mord Liebknechts!) Wenn Sie (zu den Kommunisten) an den Mord Liebknechts denken, dann sollten Sie den Mord an Neuring, den Geiselmord in München und vieles andere auch nicht vergessen. Heute schreien diejenigen über die Gewalt, die sie selbst erst eingeführt haben. Das kommende Offizierkorps und die kommende Armee brauchen wir nicht zu fürchten. Ich fürchte nur eins: der Bruderkampf könnte so tiefe Wunden schlagen, daß wir selber dabei umkommen. Einkehr ist also notwendig, bevor es zu spät ist. Der Weg der Sozialdemokratie geht geradeaus. Die alte sturmerprobte Fahne des Sozialismus hat uns bisher von Sieg zu Sieg geführt; sie muß uns jetzt zur Freiheit und zum Glück der ganzen Menschheit führen. (Langanhaltender Beifall.)

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er dachte an das Mädchen, dessen große, strahlende Augen gerade in seine sahen. Aber nach einer Weile richtete er sich auf. Er steckte sich eine schwere Havannazigarre an, der einzige Luxus, an den er sich gewöhnt hatte. Den plumpen Kopf mit den noch nassen Haaren gegen den roten Sammet legend, starrte er traumverloren zu dem hellen Licht empor. Ein ungeheures Glücksgefühl überkam ihn mit einemmal — das Gefühl, daß er jetzt an einem Wendepunkt seines Lebens stand. Aus den Einöden eines halbverwilderten Landes war er in die Heimat zurückgekehrt, berufen zu einem Werk, dessen Ausführung seinen Namen in die der ersten Ingenieure Deutschlands reihen würde. Es war vorbei mit der Erniedrigung und Knechtschaft, er stand nicht mehr auf schwankem Boden, war nicht mehr der zweifelhafte Baumeister, unsicherer Unternehmer. Der Platz, auf dem er von nun an stehen würde, war sicher wie ein Fels, die Regierung war sein Auftraggeber, und ebenso wie ihre Lauterkeit würde auch die seine über allem Zweifel erhaben sein. Ihm war, als hätte er den tiefen dunklen Tunnel, in dessen trüber Stickluft er bisher gehaust hatte, endlich durchbohrt, und vor ihm lag im Sonnenglanz ein neues Land. Er reckte die Brust und breitete die Arme aus wie ein befreiter Titan. Dann dachte er an das Mädchen, das er sich zum Weibe nehmen wollte. Sie war schön, er konnte sich voll Stolz mit ihr zeigen.

Die Zukunft tat sich vor ihm auf in glänzenden Bildern, und sein nach Ehren und Genuß dürstendes Herz trank sich satt in weitschweifenden Phantasien, die all seine heißen Wünsche erfüllten. Die Vergangenheit lag hinter ihm in tiefem Dunkel . . .

Es war mehr als dreißig Jahre her, daß Horstmann einen Eindruck erlebt hatte, der für sein ganzes Leben entscheidend sein sollte.

Der Pfiff einer Lokomotive, das dumpfe Prasseln auf den Schienen, das die Nähe eines Zuges ankündigte, das Heransausen der Eisenkolosse, unter deren Gewalt der Boden erzitterte, und die im nächsten Augenblick schon wie Phantome der Luft verschwunden waren — diese Eindrücke, gegen die wir am Ende unseres Jahrhunderts fast gänzlich abgestumpft sind, hatten es dem vierzehnjährigen Buben, der an der Hand seines Vaters vor der damals seit wenigen Jahren eröffneten Bergisch-Märkischen Eisenbahnlinie stand, so mächtig angetan, daß er von dem Augenblick an keinen anderen Gedanken mehr hatte, als den, solch ein eisernes Tier zu besteigen und selbst zu lenken. Es war, als wen das Schicksal ihn in diesem Augenblick mit mächtiger Hand aufgerüttelt und ihm den Weg gewiesen hätte, wo seine Bestimmung lag.

Aus den einsamen, weltentlegenen Höhen des bergischen Dorfes Luringen war der Vater nach Elberfeld hinuntergestiegen, um sich dort neues Werkzeug zu kaufen. Er war Schmied, weit und breit bei den Bauern bekannt als ein Mann, der kräftiger den Hammer zu führen vermochte, als irgend ein Schmied in der weiten Umgegend.

Sein Bub sah aus, als würde er dem Vater einmal gleichkommen, vielleicht ihn gar übertreffen. Derselbe Bau des freilich noch unentwickelten Körpers, breite Brust und kurze stämmige Beine, dazu zwei Arme, die jetzt schon tüchtig zuschlagen konnten und manch ungefügiges Stück Eisen breit gehämmert hatten. Auch lag in dem Gesicht des Jungen schon etwas von dem trotzigen Grimm des Vaters, der ein jähzorniger Mann und ein gefährlicher Gegner im Wirtshausstreit war. Aber das erstaunte Aufblitzen der Augen, der Zug eines sehnsüchtigen, bis zur Wildheit gesteigerten Wunsches, der das Gesicht des Jungen beseelte, hätte sich in den grob geschnittenen Zügen des Vaters nie ausprägen können.

Ob das die Eisenbahn sei, wohin sie führe, woher sie käme? hatte der Bub gefragt, aber der Alte, der das Ding heute selbst zum ersten Male sah, wußte keine Antwort und sagte deshalb nur: „Halt die Schnauze!“ . . . Als er aber nach Besorgung seiner Einkäufe den Sohn in der kleinen Gastwirtschaft, wo er ihn gelassen hatte, wieder aufsuchen wollte, fand er ihn nicht mehr. Der Junge war an jene Stelle, wo der Bahndamm die Chaussee durchschnitt, zurückgeschlichen, von da fand er, immer den Geleisen folgend, den Weg zum Bahnhof, wo er einen Zug abdampfen sah. Jetzt konnte er der Lust nach einer Fahrt nicht mehr widerstehen. In der Dunkelheit kletterte er in einen der Güterwaggons und machte am nächsten Morgen eine Reise mit, die ihn viele Meilen ostwärts brachte. Ein Bremser entdeckte ihn, er wurde halb ohnmächtig und ganz steif von dem geduckten Sitzen zwischen den Bohlen nach Hause transportiert.

Sein Vater schlug ihn halb tot. Aber es war, als wenn der Bub durch das Stückchen Welt, das er gesehen hatte, über Nacht zum Mann erwachsen wäre, er schrie nicht mehr wie früher vor Schmerz, sondern nahm stillschweigend die Prügel hin, mit einem Ausdruck grimmer Wildheit im Gesicht. Gegen seine Wanderlust und den Drang nach jenen schwarzen Ungetümen gab es von nun an kein Halten mehr. Wenn der Vater zur Dämmerstunde im Dorf war, erzählte er seiner Mutter von den Erlebnissen auf der Eisenbahn, beschrieb, wie er unter den Balken gehockt hatte, und wie die Bäume, Felder, Wiesen und Häuser an ihm vorbeigeflogen waren, bis auf einmal die weiße Gischt der Lokomotive ihn umhüllte, daß er nur das Getöse der rollenden Räder vernahm. Sein letztes Wort war stets: „Ich will auch so einer werden, so'n Eisenbahner.“ Wenn seine Mutter ihn dann aber fragte, wie er das anfangen wollte? dann konnte er nach langem Brüten nur die Antwort geben: „Wie ich's mache, weiß ich nicht, aber ich mach's!“

Doch er mußte sich noch gedulden. Tag aus, Tag ein standen Vater und Sohn mit rauchgeschwärzten Gesichtern am Amboß sich gegenüber, in dem Halbdunkel der Werkstatt, die im Sommer durch die geöffnete Tür, im Winter durch das unter dem Blasebalg glühende Feuer Licht empfing. Sie wechselten selten ein Wort, außer daß der Alte in dem Getöse der Hammerschläge seinem Sohn einen Befehl zuschrie. Und dann schwang er seinen Hammer, als wenn er irgend eine große Wut in seinem Innern hätte, die er an dem Eisen auslassen wollte. Mit seinem Sohn ging er womöglich noch schlechter um als mit den fremden Lehrbuben, die er früher gehabt. Oft genug stieß er ihn mit dem glühenden Eisen gegen das Schurzfell oder schlug ihm die Zange um die Ohren. Aber der Junge fing jetzt an trotzig aufzumucken, und wenn er einen Knuff bekommen hatte, ließ er den Hammer mit einem solchen Ingrimm niedersausen, daß dem Vater die glühenden Späne ins Gesicht spritzten.

Das ging so beinahe ein Jahr lang. Ueber die Eisenbahn hatten die beiden nie ein Wort miteinander gewechselt. Der alte Schmied war nur durch seine Frau mit Gustavs Plänen bekannt geworden. Aber eines Tages kam dieser später als gewöhnlich herunter. Er hatte Sonntagskleider an, sich ein Bündel geschnürt und trug in der Hand einen derben Eichenstock. So trat er in die Werkstat ein.

„Ich geh jetzt, Vater.“

Der Alte sah ihn groß an und erwiderte nur:

„Du bist wohl geck!“

„Ich bin nicht geck. Ich will jetzt gehen. Ich kann mir mein Brot selbst verdienen.“

Der Schmied ließ den Hammer sinken, ging auf seinen Sohn zu, riß ihm das Bündel aus der Hand und gab ihm selbst einen Stoß, daß er aus der Tür flog.

„Nun ziehst du dich aus und gehst an die Arbeit!“

Aber der Junge hatte sich aufgerichtet und wiederholte seine Worte.

„Ich geh', Vater. Ich bin alt genug.“

Und mit dem Fuß aufstampfend schrie er in einem Laut, in dem seine ganze wilde Sehnsucht zum Ausdruck kam:

„Ich muß gehen. Ich halt's hier nicht mehr länger aus.“

Nun wurde der Alte wirklich wütend. Er ergriff einen schweren Feuerhaken und stürzte sich mit einem Fluch auf seinen Sohn. Doch ehe er zuschlagen konnte, hatte dieser den Hammer ergriffen und schwang ihn über seines Vaters Kopf.

„Vater, laß los, sonst — — ich schlage dich kaputt.“

Fortsetzung folgt.

An der Aussprache beteiligte sich zunächst ein junger Kommunist namens Seitz, dessen Ausführungen dem Genossen Wels mehrfach ein leises Lächeln abnötigten, das ihn sehr erboste. Im übrigen mußte er zugeben, daß der Referent vorzüglich gesprochen habe. Seine Ausführungen bewegten sich im übrigen im bekannten kommunistischen Gleise. Aehnlich so sprach auch der Kommunist Herzog, der angeblich kürzlich aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrt ist. Er kritisierte es besonders, daß die Noskeruppen höheren Lohn erhalten, als die zurückgekehrten Gefangenen. Der unvermeidliche Kommunist Kruse mußte, wie immer, als Spaßmacher auftreten. Etwas sachlicher sprach der „Unabhängige" Süße. Sehr wirkungsvoll sprachen die Genossen Dreger, Haut und Mehrlein. Letzterer betonte besonders, daß er in seiner Eigenschaft als Polizeisenator in den kommunistischen Versammlungen über seine Handlungen niemals Rechenschaft ablegen werde. Die Kommunisten seien nicht die Unschuldslämmer, wofür sie sich ausgeben, sondern vielfach Leute von sehr dunkler Vergangenheit. Verbrecherische Handlungen würde er ganz entschieden bekämpfen. Er werde seine Pflicht erfüllen, so lange er das Vertrauen der Genossen besitze. Dieses Vertrauen sei aber notwendig. Alle Angriffe müßten unbedingt abgewehrt werden. (Lebhafter Beifall.)

Starken Eindruck mit seinen Ausführungen erzielte auch Genosse Ritter-Berlin, der mit Wels vom dänischen Parteitag kam. Nachdem diese Redner gesprochen hatten, wurde aus der Mitte der Versammlung ein Antrag auf Schluß der Aussprache gestellt, der von den Kommunisten bekämpft, aber mit übergroßer Mehrheit angenommen wurde. Das gewaltige Händemeer, das sich für Schluß der Aussprache erhob, fuhr den Kommunisten arg in die Glieder. Sie tobten und lärmten, hielten Standreden auf eigene Faust, gestikulierten mit Armen und Fäusten. Es schien unmöglich die Versammlung fortzusetzen, sodaß der Referent schließlich auf das Schlußwort verzichtete. Es wurde dann mit überwältigender Mehrheit folgende Entschließung angenommen:

„Die von Tausenden besuchte Volksversammlung, die am 6. Oktober im Gewerkschaftshaus tagt, erkennt in der sozialdemokratischen Partei die einzige politische Organisation der werktätigen Bevölkerung, deren Bestrebungen dazu dienen, die Errungenschaften der Revolution für die deutsche werktätige Bevölkerung zu sichern und deren Wohlfahrt zu heben. Die Versammelten versprechen deshalb, mit allen Kräften für die Sozialdemokratische Partei werben zu wollen."

Erst allmählich, nachdem noch die Kommunisten vergeblich skandaliert und versucht hatten, ihre Brandreden zu halten, verließen die Massen den Saal.

Die Neuregelung der Kaliwirtschaft.

Nach der Einsetzung des Reichskalirats auf Grund des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft vom 24. April 1919 und der zur Durchführung dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften ist am 1. August 1919 der Reichskalirat zum erstenmal zusammengetreten. Bereits die Aufgaben der ersten Tagung lassen den sozialen Charakter der neuen Einrichtung erkennen. Es stand die Frage einer Preiserhöhung im Interesse der ausreichenden Gestaltung der Löhne und der wirtschaftlichen Kräftigung der Kaliindustrie auf der Tagesordnung. An der Lösung der Frage waren in paritätischer Zusammensetzung Arbeitgeber und Arbeiter beteiligt. Es wirkten ferner Vertreter des Handels, der landwirtschaftlichen Verbraucher und der chemischen Industrie, soweit sie Kalisalze verarbeiteten, mit.

Der Reichskalirat soll die Kaliwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen unter Oberaufsicht des Reiches stellen. Dem Reichskalirat sind weitgehende Befugnisse in bezug auf die Lohn-, Gehalts- sowie Betriebs- und Absatzverhältnisse eingeräumt. Er ist befugt, auch solche Kalierzeugnisse in seinen Geschäftskreis hineinzuziehen, die dem bisher geltenden Kaligesetz nicht unterworfen waren. Dem Reichskalirat ist eine Kaliprüfungsstelle angegliedert, der die Aufgabe obliegt, die Beteiligung der Kaliwerkbesitzer am Gesamtabsatz festzusetzen, eine Funktion, die bisher von der Verteilungsstelle für die Kaliindustrie ausgeübt wurde. Ferner ist eine Lohnprüfungsstelle geschaffen, der die Prüfung der Löhne obliegt, eine Aufgabe, die durch den neuerdings vereinbarten Lohntarif für die Kaliindustrie wesentlich erleichtert ist. Zur Nachprüfung der Entscheidungen der Verteilungsstelle und der Lohnprüfungsstelle ist eine Berufungsstelle geschaffen, der im wesentlichen die nämlichen Aufgaben obliegen, wie der früheren Berufungskommission für die Kaliindustrie. Schließlich ist zur Mitwirkung der landwirtschaftlichen Behörden und Korporationen im Interesse der Hebung des Kaliabsatzes eine landwirtschaftlich-technische Kalistelle geschaffen.

Als Verkaufsstelle ist das bisherige Kalisyndikat beibehalten worden, das in langjähriger erfolgreicher Tätigkeit für die Steigerung des Kaliabsatzes Sorge getragen hat. Die Erhaltung dieser auf sämtlichen Erdteilen bekannten Einrichtung erscheint allseits geboten. Auch ist Sorge getragen worden, daß dem Syndikat die weitmöglichste Bewegungsfreiheit gegeben wird. In den inneren Verhältnissen des Syndikats wird nur insofern eine Aenderung eintreten, als in den Vorstand des Syndikats sowie in den Aufsichtsrat desselben von den Arbeitern gewählte Mitglieder treten.

Die Mitglieder der Kalistellen, abgesehen vom Kalisyndikat, werden vom Reichskalirat gewählt. Es ist jedoch Sorge getragen worden, daß für die Wahl nur Persönlichkeiten in Frage kommen, von denen anzunehmen ist, daß sie den zu übernehmenden Pflichten auch gewachsen sind. Die Vorsitzenden der Kalistellen werden vom Reichswirtschaftsminister ernannt.

Es steht zu hoffen, daß die gemeinsame Arbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie die Mitwirkung der Verbraucher im Reichskalirat die Kaliwirtschaft belebt, und daß durch die Neuregelung insbesondere das Verständnis der Arbeiter für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kaliindustrie gefördert wird. Vor allem wird es darauf ankommen, in den arbeitenden Kreisen das Verständnis der Bedeutung der Kaliindustrie für unsere heimische Landwirtschaft und für den Export zu steigern. Das ist umso mehr geboten, als der neu auftretende französische und spanische Wettbewerb die Anspannung aller Kräfte der in der Kaliindustrie Tätigen erforderlich macht, um Deutschland die bisherige führende Stellung auf dem Weltkalimarkte zu erhalten.

Unabhängige und Gewerkschaftszersplitterung.

Durch die Presse ging vor einiger Zeit ein Brief aus dem Parteibureau der U. S. P. D., der die Gemeindearbeiter in Düsseldorf zur Gründung einer syndikalistischen Arbeiterunion beglückwünschte. Kurz darauf erfolgte eine Erklärung des Zentralkomitees der U. S. P. D., wonach jeder Versuch der Absonderung in den Gewerkschaften für verfehlt und schädlich zu halten sei. Obwohl es bekannt ist, daß, wie in allen Fragen, so auch in der Gewerkschaftsfrage, in der U. S. P. D. zahllose verschiedene Richtungen einander gegenüberstehen, so mußte dieser offenbare Widerspruch doch auffallen. Höchstens konnte er sich daraus erklären, daß der „Vorwärts" das bis dahin nicht behandelte Schreiben der U. S. P. D. zugunsten der Gewerkschaftszersplitterer an das Tageslicht gezogen hatte.

Eine Veröffentlichung unseres Düsseldorfer Parteiblattes gibt nun weitere Auskunft über die Gründe des raschen Stimmungsumschwunges der U. S. P. D. Die Düsseldorfer „Freie Presse" veröffentlicht nämlich ein Schreiben, das der unabhängige Düsseldorfer Gewerkschaftssekretär Peter Agnes am 22. September an den U.S.P.D.-Parteivorstand gerichtet hat. Unter Bezugnahme auf den „Vorwärts" protestiert er darin energisch gegen die Unterstützung der Arbeiterzersplitterer durch die U. S. P. D. und bezeichnet die Anerkennung der Arbeiterunion als übereilt und sachlich zweckwidrig. Er schreibt:

„In der hiesigen, anarchistisch geleiteten Syndikalistengruppe ist der Plan ausgeheckt worden, die Kommunisten, die den Allgemeinen Arbeiterverband beherrschen und in der Klemme waren, schlugen ein, und die in der Allgemeinen Arbeiterunion befindlichen Arbeiter, die zur U. S. P. D. standen, sind Novembersozialisten. Ihr Hauptführer, der vor dem Kriege Gesundbeter war, monierte gestern noch sehr über Gen. Adolph Hoffmanns Vortrag in Düsseldorf. Ihr anderer Führer, ein U. S. P. D.-Stadtverordneter, ist erst einige Monate organisiert, war auch vor dem Kriege nicht in der Partei. Diese Querulanten, mit politischen Gegnern zusammen, gründen eine „Freie Arbeiterunion" und flugs gibt ein Mitglied des Parteivorstandes dazu seinen Segen. . . . . Warum pfuscht man uns von dort herein? Glaubt Ihr, diese geldarmen, von Konfusionsräten verhetzten Zersplitterungsgebilde könnten dem mächtigen westlichen Großkapital Erfolge abringen? Nein, wir erreichen nichts, als wie die Züchtung kommunistischer Uneinigkeiten. Solange Parteibeschlüsse und Richtlinien gelten, hat kein Angestellter des Parteivorstandes das Recht, so eine Politik mit doppeltem Boden zu treiben. Wegen der Verhetzungen, die der Parteivorstandsbrief in den Köpfen der Novembersozialisten und Querulanten anrichten wird, beantrage ich, daß der Parteivorstand in seiner Sitzung die Stellungnahme des Briefschreibers mißbilligt und im Sinne des Verbleibens in den Gewerkschaften eine öffentliche Erklärung abgibt."

Das hat denn auch der Parteivorstand der U. S. P. D. schleunigst getan. Dabei unterstützt er ruhig weiter die Gewerkschaftszersplitterer, von denen er sich Vorteil verspricht. Z. B. den Seemannsbund. Aber abgesehen von dieser Politik mit doppeltem Boden kennzeichnet sich die Politik des Vorstandes der U. S. P. D. ja schon genügend durch ihr rasches Schwanken. Und die Beschreibung, die ein Kundiger, wie der Mann der Frau Lore Agnes aus Düsseldorf von den führenden Männern in der U. S. P. D., den Gesundbetern, Querköpfen und Novembersozialisten gibt, wird bei allen ebenfalls Kundigen ein verständnisinniges Schmunzeln erwecken und ihren Wert für die Dauer behalten.

Soziale Rechtsprechung.

Die Lüge als Entlassungsgrund.

Als Klägerin trat vor dem Kaufmannsgericht in Berlin die ehemalige Kontoristin Frl. L. gegen die Firma B. & L. auf. Sie war ein halbes Jahr bei der Beklagten beschäftigt und dann aus folgendem Grunde entlassen worden:

Eines Tages war sie von dem Dienstmädchen des Beklagten aufgefordert worden, nach der Küche zu kommen, die sich an die Geschäftsräume anschloß, um etwas von dem übriggebliebenen Mittagessen zu verzehren. Sie ging dann auch mit einer Kollegin, die vor dem Gericht zeugte, in die Küche. Alle drei untereinander besprachen sich nun, daß niemand etwas davon erfahren sollte. Der Chef erfuhr es aber doch und stellte die Klägerin daraufhin zur Rede. Diese stritt hartnäckig unter Hinweis auf die Zeugin und das Dienstmädchen. Daraufhin ging die Klägerin dann noch spät abends in die Wohnung der Zeugin und sagte zu ihr: „Kleine, Sie müssen uns jetzt rausreißen, sonst fliegen wir." Die Zeugin riß die Klägerin aber nicht raus, sondern erzählte die Wahrheit. Die Klägerin wurde daraufhin entlassen, weil sie gelogen hatte.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß hier eine Verfehlung der Klägerin vorliege und die Entlassung gerechtfertigt sei. Es käme hier nicht auf die verzehrten Kartoffeln an, sondern die Hauptsache sei die Lüge. Ihr Anspruch auf die Kündigungszeit sei nicht zu Recht bestehend. Die Klage wurde abgewiesen.

Tanzepidemien.

Der Aachener Veitstanz von 1307.

Die Tanzwut, die seit dem Ende des Krieges keineswegs allein in Deutschland, sondern auch in Frankreich, in England, kurz, in allen am Kriege beteiligt gewesenen Ländern die junge Welt befallen hat, war vielleicht nur die Gegenwirkung auf die lange Unterdrückung aller Lustbarkeiten. Aber wenn manche gar zu strenge Kritiker in bezug auf diese plötzlich zutage getretene Vergnügungssucht von einer Tanzepidemie gesprochen haben, so schoß dieses Urteil doch weit über das Ziel hinaus. Es bedeutete die Anwendung eines alten, mittelalterlichen Begriffs auf eine an sich durchaus natürliche, gesunde Erscheinung; denn die Tanzwut unserer Tage läßt sich nicht im geringsten mit jenen krankhaften Erscheinungen vergleichen, die zu gewissen Zeiten des Mittelalters in Deutschland auftraten, und die in der Kulturgeschichte als Tanzepidemien fortleben.

Als zu Anfang des 14. Jahrhunderts eine jener Pestepidemien, die jedesmal halb Europa durchrasten, erloschen war, da begann an ihrer Stelle eine andere Erscheinung die Menschen zu beunruhigen, eben die Tanzwut, die zwei volle Jahrhunderte hindurch einer Epidemie gleich durch die Länder zog. Zuerst trat die dämonische Krankheit, denn um eine Krankheit scheint es sich anfänglich wirklich gehandelt zu haben, im Jahre 1307 zu Aachen auf, wohin eines Tages Scharen von fremden Männern und Frauen gezogen kamen, die, Hand in Hand und sich im Kreise drehend, stundenlang tanzten, bis sie erschöpft und ächzend zu Boden fielen. Sie boten den Anblick von Besessenen, schrien vor Wut und hörten und sahen nichts, währen dsie tanzend umherrasten; einige hatten auch Visionen. Wenn der Tanzanfall vorüber war, erholten sie sich rasch wieder; doch folgte nach einiger Zeit gewöhnlich wieder ein neuer Anfall. Von Aachen zogen die unheimlichen St. Veitstänzer, wie man sie nannte, nach den Niederlanden, wo sie besonders in Lüttich und Utrecht ihr Wesen trieben. Sie erschienen dort mit Kränzen im Haar und benahmen sich so auffallend, daß das Volk, wohin sie auch kamen, von weither zusammenlief, um sie zu sehen. Die Kirche ließ nun die Nachricht verbreiten, daß die Tänzer einfach vom Teufel besessen seien, und verschiedene Priester begannen daraufhin die Kranken durch Beschwörungen und dergl. zu heilen, doch anderseits zeigte sich, daß sich rasch massenhaft Volk den Tänzern anzuschließen suchte, um diese auf ihren Zügen zu begleiten und mitzutanzen.

Anfänglich bestanden die Tänzerzüge nur aus armen und wahrscheinlich auch wirklich kranken Menschen; nach und nach schlossen sich nur, von dem Abenteuerlichen der ganzen Sache angelockt, auch wohlhabende Leute, ja selbst Mönche an, und die Züge wurden immer größer und größer. Die „Besessenen fingen jetzt auch bisweilen an, während ihrer Anfälle anzügliche Reden zu führen, indem angeblich die Dämonen aus ihnen sprachen, Reden, die sich hauptsächlich gegen die Fürsten und den Klerus richteten, und in denen sie, der Straffreiheit gewiß, sich ziemlich frei auszudrücken pflegten.

Einen Monat nach ihrem Einzug in Aachen verbreitete sich die Tanzsucht auch in Köln, wo nicht weniger als 500 Tänzer gezählt wurden. Von da zogen sie in der Richtung auf Metz, wo ihrer schon 1100 geworden waren. Der dämonische Einfluß der Tänzer hatte naturgerade erschreckende Folgen gezeitigt: Bauern wie Städter, Frauen und Kinder, Handwerker und Dienstleute schlossen sich ihnen in Scharen an, doch ermüdeten glücklicherweise viele von diesen Neulingen bei den anstrengenden Tänzen so sehr, daß sie schnell „geheilt" wurden. Gleichwohl waren bei den Zugteilnehmern alle Laster im Schwange, zumal, da sich zeitweilig immer zahlreiche, gesunde Müßiggänger mit den Kranken herumtrieben, um nicht arbeiten zu müssen. Als die Tanzwut aber doch zu viele öffentliche Störungen brachte, verjagte man die Tänzer kurz und bündig aus Stadt und Land. Aber erst nach vier Monaten war es gelungen, die Züge vollständig aufzulösen. Auch im 14., 15. und 16. Jahrhundert entstanden gelegentlich noch Tanzepidemien, die man aber nun nicht mehr überhandnehmen ließ. Die Leute wurden vielmehr einfach als Geisteskranke behandelt. Viele Veitstänzer sollen auch durch Gebete und Besprechungen geheilt worden sein. ml.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Eisenbahner. In den vorpommerschen Provinzstädten sind die Beamten der Eisenbahnen in den Ausstand getreten. **Auf der Strecke Stralsund—Frankfurt an der Oder ruht der gesamte Verkehr** und damit auch die Postbeförderung, die von Stettin nach Stralsund und zurück vorläufig mit Automobilen aufrecht erhalten wird.

Im Volkshause in Stettin tagte am Sonntag eine Versammlung des gesamten technischen Personals der Stettiner Straßenbahn, um über eine Teuerungszulage zu debattieren. Sollten die Verhandlungen mit der Direktion kein annehmbares Ergebnis zeitigen, so wollten die Angestellten Dienstag in den Ausstand treten.

Wegen Lohndifferenzen sind die meisten Eisenbahnangestellten der Firma Lenz & Co. in den Streik eingetreten, so daß fast alle fünfzig Bahnen, die die Gesellschaft betreibt, darunter dreizehn allein in Schlesien, stillgelegt sind.

Reich und Ausland.

Flucht von Schutzhaftgefangenen. Aus dem Gefängnis in der Lehrter Straße in Berlin sind in der Nacht zum Montag die Schutzhaftgefangenen Eugen Pompow und der Ingenieur Willy Rudich entflohen, der sich wohnungslos in Berlin aufhielt.

41 Jahre Freiheitsstrafe. Das außerordentliche Kriegsgericht in Dortmund hat sieben Angeklagte, die den Raubüberfall auf den Rechnungsführer Rodenberg der Aktiengesellschaft „Königborn" am 30. Juni d. J. ausführten, zu einer Gesamtstrafe von 32 Jahren Zuchthaus und 9 Jahren Gefängnis verurteilt. Fünf der Räuber wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Die Verurteilten überfielen den Rechnungsführer und raubten eine Kiste mit Lohngeldern in Höhe von 310 680 Mk.

Starker Schneefall ist im Schwarzwald eingetreten.

Eine folgenschwere Flugzeugexplosion ereignete sich Montag auf dem Fluggelände der Rumplerwerke in Augsburg. Zugunsten des deutschen Volksbundes für Kriegs- und Zivilgefangene fand ein großes Schau- und Kreisfliegen statt. Die Veranstaltung nahm leider einen tragischen Ausgang. Der 22 Jahre alte Flugzeugführer Ficklschrer, der vorher einen tadellosen Fallschirmsprung gemacht hatte, stieg nochmals in die Höhe, wobei er in geringer Löhe Looping the Loop machte. Plötzlich rutschte die Maschine seitlich ab und fiel aus 60 Metern Höhe in einen Holzschuppen des Pulvermagazins. Der Benzintank explodierte, und eine hohe Stichflamme setzte den Bau in Brand. Die Feuerwehr, die zu Hilfe gerufen wurde, fand den völlig verbrannten Leichnam des verunglückten Fliegers neben den Resten des Flugzeugs vor.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Lichtersparnis.

Zu dieser oft erfolgten Mahnung seitens der zuständigen Behörde möchten wir darauf hinweisen, daß der Verbrauch sich nicht vermindert, weil viele große Betriebe ihre Bureaustunden ab 1. Oktober in die Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends verlegt haben. Weshalb diese geteilte Arbeitszeit bei der Lichtknappheit? Bei den augenblicklichen dunklen Tagen muß schon nachmittags gleich nach 4 Uhr das Licht eingeschaltet werden. Die Betriebe arbeiten, soweit wir orientiert sind, durchgehend von 8 bis 4 Uhr nachmittags, für die Bureauangestellten muß natürlich, wie immer, etwas Besonderes geschaffen werden. Man ist sogar so weit gegangen, daß die Betriebsleitungen in den Betrieben Anschläge anbringen mußten, wonach jeder Arbeiter verpflichtet ist, seine Betriebslape zu dunkeln, sobald er seine Arbeitsstelle verläßt; er wird bei Nichtbefolgung dieser Anordnung mit Strafe belegt und mit sofortiger Entlassung bedroht.

Wir möchten nun die in Frage kommende Behörde bitten, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und die betreffenden Firmen, deren Betrieb durchgehend arbeitet, anzuweisen, daß sie auch ihre Bureaustunden dem Betrieb anpassen. F. B.

Literarisches.

Harry Maaß, Wie baue und pflanze ich meinen Garten. 318 Seiten mit 151 Abbildungen. Gebunden 10 Mark. München, F. Bruckmann A.-G.

Trotz der umfangreichen Literatur über Gartenkunst und Gartengestaltung mußte man bis heute die auf das Sachliche und Praktische eingestellte Schrift vermissen. Aus der Praxis eines unserer ersten und anerkanntesten Garten-Architekten geboren, wird das vorliegende Buch von Harry Maaß, unserm Lübecker städtischen Gartenbauinspektor, dem Gartenliebhaber der in jeder Lage und für jeden Einzelfall brauchbare Wegweiser werden. „Wie baue und pflanze ich meinen Garten" behandelt alle die wirtschaftlichen und schönheitlichen Fragen, die sich dem Gartenliebhaber aufdrängen, wenn er an die Arbeit des Planens herangeht. So findet der Bauherr bemerkenswerte Anregung bez. der Wirtschaftlichkeit auf Grund inniger Zusammenarbeit mit dem Architekten und Gartengestalter, er wird unterrichtet über die Fragen der Lage des Hauses im Gelände und über die damit im engen Zusammenhange stehende rationelle Ausnutzung der vorgefundenen Geländeeigenarten mit Rücksicht auf verminderte Baukosten und Wertung der Schönheit von Anwesen und Umgebung. Eingehende Berücksichtigung finden die Fragen der Anordnung der Spielplätze, die Anlage der Wege, Lauben und Gartenhäuser, Brunnen, der Wasserleitung, Gewächshäuser, Gemüsegärten, Kindergärten, des Blumenhauses, der Bäume, Blütensträucher usw. Insgesamt erläutern 151 Abbildungen vom Verfasser ausgeführter Gartenanlagen die Schrift, durch die ein von tiefer Liebe zum Gartenleben erfüllter Geist weht und die, neben vollendeter Lösung aller praktischen Fragen bis in die kleinste Einzelheit, geeignet ist, den Sinn für alles Lebensvolle und Naturschöne im Garten zu schärfen. Das Buch zeigt, daß auch mit den bescheidensten Mitteln die Anlage schöner und zugleich wirtschaftlicher Gärten möglich ist.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **Lübecker Volksboten**